



## 27. Sitzung des Gemeinderates *Doppelsitzung*

Datum, Zeit	Montag, 13. Dezember 2021, 19:00 Uhr bis 22:30 Uhr
Ort	Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Ivo Hasler (SP), Gemeinderatspräsident
Anwesend	37 Gemeinderatsmitglieder 36 Gemeinderatsmitglieder ab Traktandum 7 (Alexandra Freuler verlässt Sitzung)
Entschuldigt abwesend	Stefanie Huber (glp/GEU) Guido Schwegler (SVP/EDU) Andreas Sturzenegger (FDP)
Protokoll	Edith Bohli, Gemeinderatssekretärin
Stimmzähler	Angelika Murer Mikolasek: Bereich glp/GEU und SP/Grüne Oliver Kellner: Mitte inkl. Bürotisch Bruno Eggenberger: Bereich SVP

---

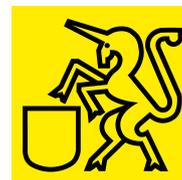


## Traktanden

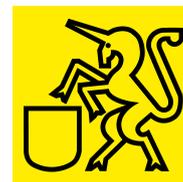
1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 26. Sitzung des Gemeinderates vom 1. November 2021
3. Bürgerrechtsgesuche
  - 3.1. Marcon Blessing Eki, nigerianische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 92/2021
  - 3.2. Marques Pereira Rui Miguel sowie das Kind Fernandes Marques Daniela, portugiesische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 93/2021
  - 3.3. Baltic Kristina, kroatische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 95/2021
  - 3.4. Barut Sümeýra sowie die Kinder Suden, Beren und Aras, türkische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 96/2021
  - 3.5. Böck Christina, deutsche Staatsangehörige, Gockhausen / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 97/2021
  - 3.6. Delort-Brazee Hector Erik Francis, französischer Staatsangehöriger, Gockhausen / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 98/2021
  - 3.7. Delort-Brazee Marie-Fleur Alma Karin, französische Staatsangehörige, Gockhausen / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 99/2021
  - 3.8. Föller Fiona, deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 100/2021
  - 3.9. Jungswat-Schmelcher Sirikul, thailändische Staatsangehörige, Gockhausen / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 101/2021
  - 3.10. Bassole Heather Elizabeth, amerikanische Staatsangehörige, Gockhausen / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 103/2021
  - 3.11. anonymisiert



- 3.12. Georgieva Silviya, bulgarische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 105/2021
- 3.13. El Ahl Khaled Abdel Razek Abdou Sayed sowie die Kinder Malaak und Yasmin, ägyptische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 107/2021
- 3.14. Golabgir Saied, deutscher Staatsangehöriger sowie das Kind Charlotte, französische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 108/2021
- 3.15. Do Carmo Salgado Maria sowie die Kinder Salgado Aleixo Diego und Irina Sofia, portugiesische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 115/2021
- 3.16. Milosevic Jelena, serbische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 116/2021
- 3.17. Nägele Hannelore, deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 117/2021
- 3.18. Tas Erdal und Gülcan sowie das Kind Ufkum Renas, türkische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 118/2021
- 3.19. Trutenau Fabio und Junghans Marion, deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 119/2021
- 3.20. Da Silva Goulart Wilma, brasilianische Staatsangehörige, Gockhausen / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 121/2021
- 3.21. Dhamde Sachin Vasudeo und Kanchan sowie die Kinder Swara Sachin und Ahana, indische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 122/2021
- 3.22. Jafari Hamedeh, iranische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 123/2021
- 3.23. Kott Vladislav, tschechischer Staatsangehöriger und Katrin, deutsche Staatsangehörige sowie die Kinder Melina, tschechische und deutsche Staatsangehörige und Lea, deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 124/2021
- 3.24. Pyngottu Ashima, österreichische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 125/2021



- 3.25. Pyngottu Cherian Jacob, indischer Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 126/2021
- 3.26. Ransom Paul Antony, britischer Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 127/2021
  
- 3.27. Redzepi Semire, nordmazedonische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 128/2021
  
- 3.28. Seibt Andreas, deutscher Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 129/2021
  
- 3.29. Spetsova Gausemeier Natalia, russische Staatsangehörige sowie das Kind Gausemeier Robert, deutscher Staatsangehöriger  
GR Geschäft Nr. 130/2021
  
- 3.30. Vega Diez-Rollan Maria del Mar, spanische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 131/2021
  
- 3.31. Popovic Bojana sowie die Kinder Veljko und Helena, serbische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 132/2021
  
4. Teilnahme am Kantonalen Integrationsprogramm KIP 2bis (2022-2023)  
GR Geschäft Nr. 82/2021
  
5. Verein für Prävention und Drogenfragen Zürcher Oberland; Finanzierungsbeitrag Stadt Dübendorf 2021-2023  
GR Geschäft Nr. 81/2021
  
6. Budget 2022 / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 110/2021
  
7. Motion Susanne Schweizer (SP) und 16 Mitunterzeichnende «Rentable Photovoltaik-Anlagen» / Bericht und Antrag  
GR Geschäft Nr. 52/2021
  
8. Motion Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU) und 17 Mitunterzeichnende «Verbesserung der Deutschkenntnisse vor dem Kindergarteneintritt und in der Volksschule» / Antrag auf Fristerstreckung  
GR Geschäft Nr. 34/2021
  
9. Motion Thomas Maier (glp/GEU) und 15 Mitunterzeichnende «Umsetzungsoffensive für Photovoltaik-Anlagen in Dübendorf» / Antrag auf Fristerstreckung  
GR Geschäft Nr. 53/2021



## 1. Mitteilungen

### Mitteilungen des Gemeinderatspräsidenten

Gemeinderatspräsident Ivo Hasler (SP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum – welches die Sitzung wieder per livestream verfolgt – zur 27. Sitzung der Legislaturperiode 2018-2022. Der Bundesrat hat seit der letzten Gemeinderatssitzung die Massnahmen im Zusammenhang mit Covid-19 verschärft. Anders als an den letzten Sitzungen gilt die Maskenpflicht auch am Sitzplatz. Die Masken dürfen einzig für eine kurze Konsumation am Platz oder für die Rednerinnen und Redner während ihres Votums abgezogen werden. Er dankt für die Einhaltung dieser Schutzmassnahme.

Das Säckchen Amaretti, der diesjährige Weihnachtsgruss auf ihrem Tisch stammt aus der Produktion der Stiftung Züriwerk. Die Stiftung setzt sich dafür ein, dass Menschen mit Beeinträchtigungen gleichberechtigt und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben mitwirken und teilhaben können. Menschen mit vorwiegend kognitiver Beeinträchtigung haben im Züriwerk vielfältige und individualisierte Möglichkeiten, zu wohnen, zu arbeiten und einen Beruf zu erlernen. Dazu erhalten sie spezifische Beratung, Begleitung und Assistenz in allen Lebensbereichen. Der beigelegte Flyer ist etwas Werbung für die neue interaktive Stadtkarte der Stadt Dübendorf. Nach einem interessanten Besuch beim stadträtlichen Ausschuss Freiraum hat mich Alexandra Fink, unsere Aussenraumbeauftragte gebeten, doch auch die Gemeinderäte auf das neue Tool hinzuweisen. Seit April 2021 ist auf der Homepage der Stadt Dübendorf oder unter [maps.duebendorf.ch](https://maps.duebendorf.ch) der neue interaktive Stadtplan von Dübendorf aufgeschaltet. Fünf Themengebiete sind mit den entsprechenden Symbolen auf der Karte erfasst: Velo, städtische Dienstleistungen, Sport und Kultur, Natur und Freizeit sowie den interaktiven Button Lieblingsorte. Die Themen können einzeln aufgerufen und auf der Karte angetippt werden. Die Nutzenden erhalten dadurch weiterführende Informationen (linke Spalte) über Infrastruktur, Öffnungszeiten und Kontaktangaben. Sogar Bänkli und Velopumpen sind auf der Karte zu finden. Die Karte soll Dübendorf als attraktive Stadt präsentieren und im Sinne einer Standortförderung auch Neuzuzüger und Neuzuzügerinnen über (Freizeit)Angebote und Möglichkeiten informieren. Der Button Lieblingsorte ist bis jetzt noch etwas stiefmütterlich behandelt worden und lebt natürlich von den Einträgen der Bevölkerung. Vielleicht haben ja auch ein paar Gemeinderäte Lust, der Bevölkerung ihre Lieblingsorte in Dübendorf auf der Karte zu zeigen.

Gemeinderatspräsident Ivo Hasler (SP) orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde. Die Akten zu den Geschäften sind zur Einsicht bereitgestanden. Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

### Neu überwiesene Geschäfte

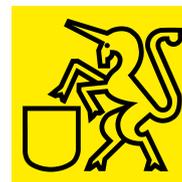
Seit der letzten Gemeinderatssitzung hat der Stadtrat folgendes neues Geschäft an den Gemeinderat überwiesen:

- Den Kreditantrag zur Motion von Tanja Boesch (EVP) "Koordinationsstelle für Alters- und Pflegefragen", Einrichtung einer provisorischen Beratungsstelle bis 31. Dezember 2024

Das Geschäft wird von der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission zuhanden des Gemeinderates vorberaten.

Antworten vom Stadtrat sind auf folgende politische Vorstösse beim Ratsbüro eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Hanna Baumann (SP) bezüglich Zugang zu KiTa-Plätzen für Kinder mit einer Behinderung
- Schriftliche Anfrage Flavia Sutter (GP) zur Unterbrechung des kantonalen Wander- und Velowegs rechts der Glatt durch die Bahnhofstrasse



- Schriftliche Anfrage Orlando Wyss (SVP) zu den aufgestellten Tempo 30 Anzeigen
- Schriftliche Anfrage Stefanie Huber (glp/GEU) betreffend Grundlagen Wohnen in Dübendorf
- Motion Susanne Schweizer (SP) und 16 Mitunterzeichnende betreffend "Rentable Photovoltaik-Anlagen"

Die schriftlichen Anfragen sind mit der Beantwortung durch den Stadtrat erledigt. Die Behandlung des Antrags zur Motion ist für die heutige Sitzung traktandiert.

Der Stadtrat hat für die Berichterstattung zu folgenden Vorstössen eine Fristverlängerung beim Gemeinderat beantragt, die für die heutige Sitzung traktandiert sind:

- Motion Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU) "Verbesserung der Deutschkenntnisse vor dem Kindergarteneintritt und in der Volksschule"
- Motion Thomas Maier (glp/GEU) betreffend Umsetzungsoffensive für Photovoltaik-Anlagen in Dübendorf"

Seit der letzten Sitzung sind keine neuen politischen Vorstösse eingereicht worden.

## Fraktionserklärungen

Keine

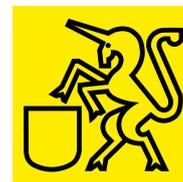
## Persönliche Erklärungen

### André Csillaghy (SP)

„Es freut mich sehr, dass der Glatztaler unser Stadtmagazin ist. Die Beiträge über die lokalen Angelegenheiten sind sehr interessant und gut recherchiert. Kürzlich erschien ein Artikel über den Verkehr um die Memphisbrücke. Endlich passiert dort etwas! Nach so vielen Jahren ist die gesamte Nachbarschaft erleichtert. Fussgänger, Velofahrerinnen, ÖV-Benutzern, und Autofahrerinnen können sich freuen, dass sie sich nicht mehr jeden Tag ärgern müssen. Die Schülerinnen und Schüler, die die Strasse täglich bei voller Dunkelheit ohne Fussgängerstreifen kreuzen müssen, können aufatmen. Ältere Personen können sich auch bei schlechtem Wetter sicher fühlen, wenn die Autofahrenden schlecht sehen. Die Stadt unternimmt etwas, um diesen Knotenpunkt im Verkehr von Dübendorf zu verbessern. Wir können froh sein, dass, dank etwas Glück und der Rücksicht aller Beteiligten, bisher nicht mehr Personen bei dieser Brücke ernsthaft zu Schaden kamen. Der letzte mir bekannte Unfall fand am 13. November statt, die Beteiligten haben offensichtlich überlebt. Doch jetzt wird das Projekt durch einen Rekurs blockiert. Dass man auch bei den besten Projekten mit Rekursen rechnen muss, ist halt so. Dass eine lokale Partei diesen offensichtlich unterstützt, ist schädlich. Absurde Betrachtungen über die Dichte der Lichtampeln werden veröffentlicht, wenn es um eine synchronisierte Anlage geht. Das ist jenseits von jeder technischen Betrachtung. Bus-, Fuss- und Veloverkehr werden kritisiert. Fussgängerstreifen soll es auch keinen geben. Obwohl es ein Schulweg ist und für viele der Arbeitsweg zum Bahnhof! Dramatische Stauszenarien werden prognostiziert. Offenbar fehlt da komplett der Bezug zur Realität. Tatsächlich werden sämtliche Verkehrsteilnehmende vom vorgeschlagenen Projekt profitieren, inklusive Autos und SUV- Fahrzeuge. Es ist unverständlich, dass da ein Stock in den Weg gelegt wird. Aus Sicht der Nachbarschaft ist es dringend notwendig, etwas zu tun. Die Lichtsignalanlage ist die beste Lösung. Es gibt keinen Grund zu zweifeln, dass das technisch realisierbar ist. Diese Verbesserung ist für alle notwendig, egal ob links oder rechts. Das ist längstens kein politisches Thema mehr, sondern ein rein technisches. Nicht nur zur Vermeidung von Unfällen, sondern auch, um den Verkehr für alle flüssiger zu machen. So werden wir uns auch nicht mehr jeden Morgen und Abend ärgern müssen.“

### Theo Zobrist (SP)

„Am 25.11.2021 hat der Stadtrat Geld für die Gebietsentwicklung Flugplatz Dübendorf - Teilrevision Nutzungsplanung gesprochen. Im ersten Quartal 2022 soll ein Entwurf der Richtplanrevision und der



BZO-Revision vorliegen und in der zweiten Hälfte 2022 ist die Öffentliche Auflage geplant. Der Stadtrat lässt mit diesem Vorgehen deutlich erkennen, dass ihm der Gemeinderat und somit auch die Stimmberechtigten Wurst sind - oder ihm bei seinen Ideen im Wege stehen. Die Festsetzung der Richtpläne durch den Gemeinderat, ist offensichtlich vernachlässigbar. Der Stadtrat schreibt von einem „Planungsrecht“ das auf den drei Stufen Bund, Kanton und Gemeinden angepasst werden muss. Der kantonale Richtplan wurde bereits öffentlich aufgelegt, ist aber weder festgesetzt durch den Kantonsrat noch genehmigt durch den Bund. (Der Status „Weltkulturerbe Flugplatz Dübendorf“ gemäss Gutachten Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege EKD müsste bereits in den kantonalen Richtplan Eingang finden, ist aber nicht vorhanden.) Der regionale Richtplan, der vom Regierungsrat zu genehmigen ist, wurde noch nicht angepasst. Er soll inhaltlich und zeitlich mit dem kommunalen Richtplan und der Bau- und Zonenordnung, welche vom Gemeinderat festzusetzen sind, in die öffentliche Auflage gehen. Dieser Teilrevision Nutzungsplanung Gebietsentwicklung Flugplatz Dübendorf hat grossen Einfluss auf die Gesamtrevision der kommunalen Richtplanung und der Bau- und Zonenordnung, die am letzten Freitag durch den Stadtrat in die öffentliche Auflage gegeben wurde. Es ist absurd, die Bevölkerung zu befragen / einen Plan öffentlich aufzulegen ohne entsprechenden Antrag an das zu entscheidende Organ. Der kommunale Richtplan – die Bau- und Zonenordnung - und der Erschliessungsplan - sind Geschäfte, Planungsbefugnisse des Gemeinderates, also der Einwohner und Einwohnerinnen von Dübendorf. Die öffentliche Auflage, nach § 7 Planungs- und Baugesetz, macht nur Sinn vor der Festsetzung einer Vorlage. Demnach muss ein Antrag, eine Vorlage an den Gemeinderat bestehen. Der Gemeinderat und somit die Bevölkerung werden übergangen und / oder nicht ernst genommen – die Gesamtrevision entspricht den Vorstellungen von Planern und des Stadtrates sowie der Verwaltung - also den Behörden. Unser Stadtrat ist ausser Kontrolle. Gemäss Gemeindeordnung Dübendorf Artikel 13 Ist der Gemeinderat die Legislative und das politische Kontrollorgan der Stadt. Weiter bei Artikel 17 steht: Der GR ist zuständig für die politische Kontrolle über Behörden, Verwaltung und die weiteren Träger öffentlicher Aufgaben. Ich nehme den Unmut der Bevölkerung, die Verwirrung und die Politikverdrossenheit in unserer Gemeinde war - ich bitte den Gemeinderat seine politische Aufsicht wahrzunehmen und den Stadtrat die Planungsbefugnisse des Gemeinderates und somit der Bevölkerung zu respektieren.“

## **2. Protokollgenehmigung der 26. Sitzung des Gemeinderates vom 1. November 2021**

---

Zum Protokoll der 26. Gemeinderatssitzung vom 1. November 2021 sind beim Gemeinderatspräsidenten keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.

## **3. Bürgerrechtsgesuche**

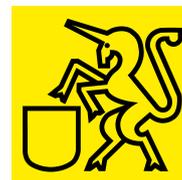
---

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29 Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005, die nachfolgenden Beschlüsse.

### **3.1. Marcon Blessing Eki, nigerianische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 92/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 25 zu 4 Stimmen zu.



## Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Marcon
Vorname	Blessing Eki
Geburtsjahr	1972
Staatsangehörigkeit	Nigeria

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

## **3.2. Marques Pereira Rui Miguel sowie das Kind Fernandes Marques Daniela, portugiesische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 93/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 5 Stimmen zu.

## Beschluss

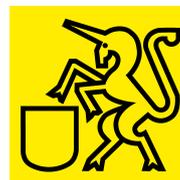
1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Marques Pereira
Vorname	Rui Miguel
Geburtsjahr	1975
Staatsangehörigkeit	Portugal

sowie das Kind

Name	Fernandes Marques
Vorname	Daniela
Geburtsjahr	2009
Staatsangehörigkeit	Portugal

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug



### 3.3. **Baltic Kristina, kroatische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 95/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 36 zu 0 Stimmen zu.

#### Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Baltic
Vorname	Kristina
Geburtsjahr	1980
Staatsangehörigkeit	Kroatien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

### 3.4. **Barut Sümeyra sowie die Kinder Suden, Beren und Aras, türkische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 96/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 5 Stimmen zu.

#### Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

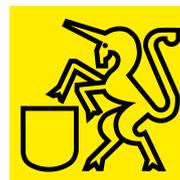
Name	Barut
Vorname	Sümeyra
Geburtsjahr	1982
Staatsangehörigkeit	Türkei

sowie die Kinder

Name	Barut
Vorname	Suden
Geburtsjahr	2010
Staatsangehörigkeit	Türkei

und

Name	Barut
Vorname	Beren



Geburtsjahr 2012  
Staatsangehörigkeit Türkei

und

Name Barut  
Vorname Aras  
Geburtsjahr 2021  
Staatsangehörigkeit Türkei

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

### **3.5. Böck Christina, deutsche Staatsangehörige, Gockhausen / Genehmigung GR Geschäft Nr. 97/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 35 zu 0 Stimmen zu.

#### Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name Böck  
Vorname Christina  
Geburtsjahr 1967  
Staatsangehörigkeit Deutschland

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

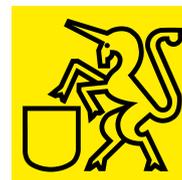
### **3.6. Delort-Brazee Hector Erik Francis, französischer Staatsangehöriger, Gockhausen / Genehmigung GR Geschäft Nr. 98/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 36 zu 0 Stimmen zu.

#### Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 800.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:



Name	Delort-Brazee
Vorname	Hector Erik Francis
Geburtsjahr	2009
Staatsangehörigkeit	Frankreich

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**3.7. Delort-Brazee Marie-Fleur Alma Karin, französische Staatsangehörige, Gockhausen / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 99/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 36 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 800.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Delort-Brazee
Vorname	Marie-Fleur Alma Karin
Geburtsjahr	2007
Staatsangehörigkeit	Frankreich

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**3.8. Fölller Fiona, deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 100/2021**

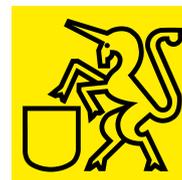
---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 36 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Fölller
Vorname	Fiona
Geburtsjahr	1969
Staatsangehörigkeit	Deutschland



2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**3.9. Jungsawat-Schmelcher Sirikul, thailändische Staatsangehörige, Gockhausen / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 101/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 36 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Jungsawat-Schmelcher
Vorname	Sirikul
Geburtsjahr	1975
Staatsangehörigkeit	Thailand

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**3.10. Bassole Heather Elizabeth, amerikanische Staatsangehörige, Gockhausen / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 103/2021**

---

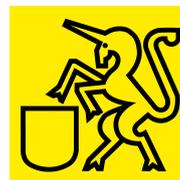
Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 36 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Bassole
Vorname	Heather Elizabeth
Geburtsjahr	1972
Staatsangehörigkeit	Vereinigte Staaten

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.



### 3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

#### 3.11. anonymisiert

---

#### 3.12. Georgieva Silviya, bulgarische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 105/2021

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 36 zu 0 Stimmen zu.

##### Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Georgieva
Vorname	Silviya
Geburtsjahr	1979
Staatsangehörigkeit	Bulgarien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

#### 3.13. El Ahl Khaled Abdel Razek Abdou Sayed sowie die Kinder Malaak und Yasmin, ägyptische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 107/2021

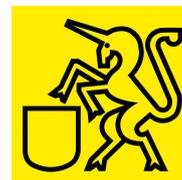
---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 7 Stimmen zu.

##### Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	El Ahl
Vorname	Khaled Abdel Razek Abdou Sayed
Geburtsjahr	1975
Staatsangehörigkeit	Ägypten



sowie die Kinder

Name	EI Ahl
Vorname	Malaak
Geburtsjahr	2011
Staatsangehörigkeit	Ägypten

und

Name	EI Ahl
Vorname	Yasmin
Geburtsjahr	2013
Staatsangehörigkeit	Ägypten

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**3.14. Golabgir Saied, deutscher Staatsangehöriger sowie das Kind Charlotte, französische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 108/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 7 Stimmen zu.

Beschluss

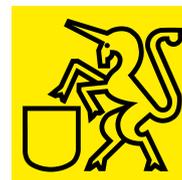
1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Golabgir
Vorname	Saied
Geburtsjahr	1970
Staatsangehörigkeit	Deutschland

sowie das Kind

Name	Golabgir
Vorname	Charlotte
Geburtsjahr	2007
Staatsangehörigkeit	Frankreich

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.



3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**3.15. Do Carmo Salgado Maria sowie die Kinder Salgado Aleixo Diego und Irina Sofia, portugiesische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 115/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 5 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Do Carmo Salgado
Vorname	Maria
Geburtsjahr	1976
Staatsangehörigkeit	Portugal

sowie die Kinder

Name	Salgado
Vorname	Aleixo Diego
Geburtsjahr	2007
Staatsangehörigkeit	Portugal

und

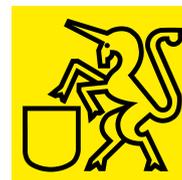
Name	Salgado
Vorname	Irina Sofia
Geburtsjahr	2015
Staatsangehörigkeit	Portugal

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**3.16. Milosevic Jelena, serbische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 116/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 6 Stimmen zu.



## Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Milosevic
Vorname	Jelena
Geburtsjahr	1986
Staatsangehörigkeit	Serbien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

### **3.17. Nägele Hannelore, deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 117/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 36 zu 0 Stimmen zu.

## Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Nägele
Vorname	Hannelore
Geburtsjahr	1967
Staatsangehörigkeit	Deutschland

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

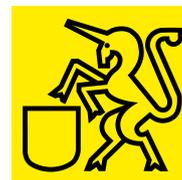
### **3.18. Tas Erdal und Gülcan sowie das Kind Tas Ufkum Renas, türkische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 118/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 6 Stimmen zu.

## Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 3'200.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:



Name Tas  
Vorname Erdal  
Geburtsjahr 1974  
Staatsangehörigkeit Türkei

Und

Name Tas  
Vorname Gülcan  
Geburtsjahr 1976  
Staatsangehörigkeit Türkei

Sowie das Kind

Name Tas  
Vorname Ufkum Renas  
Geburtsjahr 2007  
Staatsangehörigkeit Türkei

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

### **3.19. Trutenau Fabio und Junghans Marion, deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 119/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 36 zu 0 Stimmen zu.

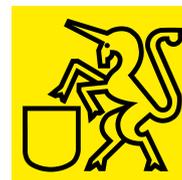
#### Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 3'200.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name Trutenau  
Vorname Fabio  
Geburtsjahr 1973  
Staatsangehörigkeit Deutschland

und

Name Junghans  
Vorname Marion  
Geburtsjahr 1973  
Staatsangehörigkeit Deutschland



2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**3.20. Da Silva Goulart Wilma, brasilianische Staatsangehörige, Gockhausen/ Genehmigung GR Geschäft Nr. 121/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 5 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Da Silva Goulart
Vorname	Wilma
Geburtsjahr	1973
Staatsangehörigkeit	Brasilien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**3.21. Dhamde Sachin Vasudeo und Kanchan sowie die Kinder Swara Sachin und Ahana, indische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 122/2021**

---

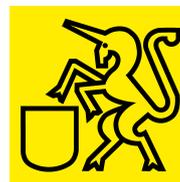
Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 5 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 3'200.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Dhamde
Vorname	Sachin Vasudeo
Geburtsjahr	1981
Staatsangehörigkeit	Indien

und



Name Dhamde  
Vorname Kanchan  
Geburtsjahr 1982  
Staatsangehörigkeit Indien

sowie die Kinder

Name Dhamde  
Vorname Swara  
Geburtsjahr 2014  
Staatsangehörigkeit Indien

und

Name Dhamde  
Vorname Ahana  
Geburtsjahr 2016  
Staatsangehörigkeit Indien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

### **3.22. Jafari Hamedeh, iranische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 123/2021**

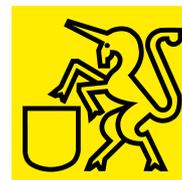
---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 6 Stimmen zu.

#### Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:  

Name Jafari  
Vorname Hamedeh  
Geburtsjahr 1987  
Staatsangehörigkeit Iran
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug



**3.23. Kott Vladislav, tschechischer Staatsangehöriger und Katrin, deutsche Staatsangehörige sowie die Kinder Melina, tschechische und deutsche Staatsangehörige und Lea, deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 124/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 25 zu 6 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 3'200.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Kott
Vorname	Vladislav
Geburtsjahr	1983
Staatsangehörigkeit	Tschechische Republik

und

Name	Kott
Vorname	Katrin
Geburtsjahr	1983
Staatsangehörigkeit	Deutschland

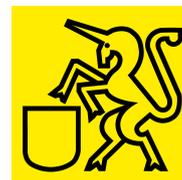
sowie die Kinder

Name	Kott
Vorname	Melina
Geburtsjahr	2013
Staatsangehörigkeit	Tschechische Republik und Deutschland

und

Name	Kott
Vorname	Lea
Geburtsjahr	2017
Staatsangehörigkeit	Deutschland

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug



## **3.24. Pyngottu Ashima, österreichische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 125/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 36 zu 0 Stimmen zu.

### Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Pyngottu
Vorname	Ashima
Geburtsjahr	1993
Staatsangehörigkeit	Österreich

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

## **3.25. Pyngottu Cherian Jacob, indischer Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 126/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 6 Stimmen zu.

### Beschluss

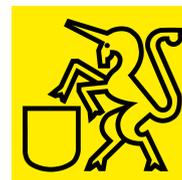
1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Pyngottu
Vorname	Cherian Jacob
Geburtsjahr	1962
Staatsangehörigkeit	Indien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

## **3.26. Ransom Paul Antony, britischer Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 127/2021**

---



Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 36 zu 0 Stimmen zu.

## Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Ransom
Vorname	Paul Antony
Geburtsjahr	1961
Staatsangehörigkeit	Vereinigtes Königreich

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

### **3.27. Redzepi Semire, nordmazedonische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 128/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 7 Stimmen zu.

## Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Redzepi
Vorname	Semire
Geburtsjahr	1983
Staatsangehörigkeit	Nordmazedonien

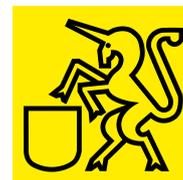
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

### **3.28. Seibt Andreas, deutscher Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 129/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 36 zu 0 Stimmen zu.

## Beschluss



1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Seibt
Vorname	Andreas
Geburtsjahr	1980
Staatsangehörigkeit	Deutschland

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**3.29. Spetsova Gausemeier Natalia, russische Staatsangehörige sowie das Kind Gausemeier Robert, deutscher Staatsangehöriger  
GR Geschäft Nr. 130/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 6 Stimmen zu.

Beschluss

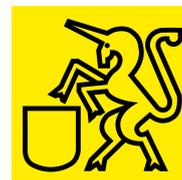
1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Spetsova Gausemeier
Vorname	Natalia
Geburtsjahr	1977
Staatsangehörigkeit	Russland

sowie das Kind

Name	Gausemeier
Vorname	Robert
Geburtsjahr	2006
Staatsangehörigkeit	Deutschland

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug



**3.30. Vega Diez-Rollan Maria del Mar, spanische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 131/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Vega Diez-Rollan
Vorname	Maria del Mar
Geburtsjahr	1984
Staatsangehörigkeit	Spanien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**3.31. Popovic Bojana sowie die Kinder Veljko und Helena, serbische Staatsangehörige,  
Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 132/2021**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 36 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

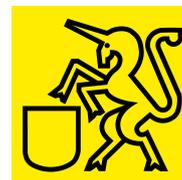
Name	Popovic
Vorname	Bojana
Geburtsjahr	1990
Staatsangehörigkeit	Serbien

sowie die Kinder

Name	Popovic
Vorname	Veljko
Geburtsjahr	2016
Staatsangehörigkeit	Serbien

und

Name	Popovic
------	---------



Vorname 2020  
Geburtsjahr Zürich ZH  
Staatsangehörigkeit Serbien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

Gemeinderatspräsident Ivo Hasler (SP):

„Ich gratuliere allen Gesuchstellenden zur Einbürgerung und wünsche ihnen viel Freude an den neuen Rechten und Pflichten als Schweizerinnen und Schweizer.

Heute Abend sind zum letzten Mal Einbürgerungsgesuche durch den Gemeinderat beschlossen worden. Ab dem 1. Januar 2022 ist alleine der Stadtrat für die Einbürgerungen zuständig. Diese Kompetenzverschiebung haben die Dübendorfer Stimmberechtigten am 26. September 2021 bei der Abstimmung über die neue Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf festgelegt. Und somit ist nun die Ära der Einbürgerungen durch den Gemeinderat abgeschlossen.“

#### 4. Teilnahme am Kantonalen Integrationsprogramm KIP 2bis (2022-2023) GR Geschäft Nr. 82/2021

---

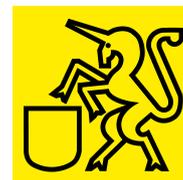
##### GRPK-Sprecherin Tanja Boesch (Die Mitte/EVP)

„Gerne stelle ich Ihnen das Geschäft Teilnahme am Kantonalen Integrationsprogramm KIP 2bis vom Jahr 2022 -2023 vor. Der Antrag des Stadtrates an den Gemeinderat ist vollständig und verständlich. Die Auflagen waren komplett. Weitere Unterlagen wurden der GRPK auf Anfrage zugestellt. An dieser Stelle möchte ich mich bei Alexandra Freuler und Lukas Schanz, sowie der Stadt für die angenehme Zusammenarbeit bedanken.“

##### **Inhalt des Antrags**

Dem Gemeinderat wird die Teilnahme am kantonalen Integrationsprogramm KIP 2bis per 1. Januar 2022, befristet für die Jahre 2022 – 2023 und einem Bruttokredit für diesen Zeitraum mit einmaligen Kosten von insgesamt Fr. 520'000.— beantragt. KIP1 und KIP2 hat der Gemeinderat in den letzten Jahren bereits zugestimmt. Eigentlich sollte mit KIP2 nahtlos ein weiteres vierjähriges Programm folgen. Inzwischen haben Bund und Kantone mit der Integrationsagenda Schweiz Voraussetzungen geschaffen, damit Geflüchtete und vorläufig Aufgenommene rasch in der hiesigen Gesellschaft und im Berufsleben Fuss fassen können. Die Fördermittel für die Integration dieser Personengruppe fliesen aus der Integrationsagenda Schweiz (IAS). Der Bereich Integrationsförderung ist bei der Stadt der Abteilung Einwohnerdienste unterstellt, die Personengruppe aus der IAS der Abteilung Soziales. Auf kantonaler Ebene ist für beide Fördersysteme die Fachstelle für Integration zuständig. Bund und Kantone legen nun eine Zwischenphase ein und führen in den Jahre 2022 und 2023 ein verkürztes KIP2 bis ein mit dem Ziel, danach die Fördersysteme Kantonaales Integrationsprogramm und die Integrationsagenda Schweiz (IAS) zusammenzulegen. Die zweijährige Zwischenphase soll es Bund und Kantone ermöglichen, Erfahrungen zu sammeln und anschliessend die Ergebnisse in das KIP 3 (2024 – 2027) einfliessen zu lassen.

Die Stadt Dübendorf erfüllt wie schon bei KIP 2 die Voraussetzungen einer Kerngemeinde, bei welcher der Kanton den maximalen Kostenbeitrag von 50% der Gesamtkosten übernimmt. In dieser Leistungsvereinbarung sind drei Förderbereiche anzubieten: 1. Information und Beratung, 2. Bildung und Arbeit, 3. Verständigung und gesellschaftliche Integration. Der ausländische Bevölkerungsanteil



in Dübendorf beträgt 36,5%. Die Integrationsförderung führt individuelle Erstgespräche, bietet Informationen zum Spracherwerb und berät Familien mit Kleinkindern zur Frühförderung. Dazu kommt ein Angebotsprogramm in Zusammenarbeit mit der Primarschule, Bildungslandschaft, Familienzentrum, Kinder- und Jugendarbeit sowie der Stadtbibliothek. Durch die Zusammenführung der beiden Förder-systeme KIP und IAS im KIP 3 (2024 – 2027) wird zukünftig die Zusammenarbeit mit der Abteilung Soziales erweitert.

Die Integrationsarbeit hat sich seit der Einführung konstant bewährt und ist für Dübendorf nicht mehr wegzudenken. Für die Umsetzung von KIP2 bis ändern sich weder die Rahmenbedingungen, der bestehende Leistungskatalog, noch das Kostendach.

### **Getroffene Abklärungen der GRPK**

Die UK hat für das Jahr 2020 Tätigkeitsberichte zu allen Angeboten der Integrationsstelle erhalten. Aufgrund der schwierigen Umstände letztes Jahr konnten leider nicht alle Angebote umgesetzt werden.

Hier einige Beispiele aus dem Jahr 2020:

- Für den Gartenkurs konnte mit dem Verein Familiengärten eine Vereinbarung getroffen und ein sehr erfolgreicher Kurs durchgeführt werden.
- Mit den Erstgesprächen konnten über 40 % der neu Zugezogenen erreicht werden. Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit den Einwohnerdiensten, diese Anzahl noch zu erhöhen.
- Bei den niederschweligen Deutschkursen wurden 816 Lektionen besucht. Der aufgrund der Coronasituation angebotene Fernunterricht wurde nicht so gut besucht wie der Präsenzunterricht.
- Der Stadtrat steht nach wie vor ganz hinter der Arbeit der Integrationsstelle. Eine Neuangliederung an die Abteilung Soziales ist Stand heute nicht vorgesehen.

### **Fazit**

Die Integrationsstelle der Stadt Dübendorf hat in den letzten Jahren wichtige Arbeit geleistet, die von Migrantinnen und Migranten gerne in Anspruch genommen wird und zu ihrer Integration beiträgt. Würde die Integrationsstelle ihre Aufgabe nicht erfüllen, bekäme sie Beiträge vom Kanton nicht zugesprochen. Bei einer Antragsablehnung wäre dies ein drastischer Rückschritt und die wichtige Integrations-Arbeit, die die Integrationsstelle seit 2012 leistet, könnte nicht im selben Umfang fortgeführt werden. Was noch anzumerken ist: Obschon der Stadtrat bereits im Jahr 2013 einen Bericht versprochen hat, wurde dieser bislang vom Stadtrat nicht erstellt und dem Gemeinderat abgegeben. Beim nächsten Antrag für KIP 3 wird ein solcher Bericht erwartet.

Die Mehrheit der GRPK beantragt dem Antrag des Stadtrates zu folgen. Wie bereits bei KIP 2 vorbehältlich der Genehmigung von KIP2 bis durch den Bund und den Kanton.“

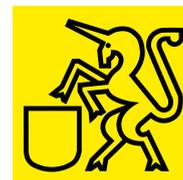
### Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

### Stellungnahme Stadtrat, Stadtpräsident André Ingold (SVP)

„Ich danke der GRPK für die Prüfung und Auseinandersetzung mit dem Antrag KIP 2bis. Wir haben gehört, dass die Stadt Dübendorf nach wie vor die Kriterien für die Einteilung in eine Kerngemeinde, bei welcher der Kanton den maximalen Kostenbeitrag von 50% an den Gesamtkosten übernimmt, erfüllt. Den Kritikpunkt haben wir auch gehört. Nämlich, dass der Gemeinderat seit Jahren auf den Bericht des Stadtrates wartet. Wir werden dies selbstverständlich beim nächsten Antrag nachliefern und entsprechend auch würdigen. Da sich die Rahmenbedingungen aus Sicht des Stadtrates ganz klar nicht geändert haben, bitte ich den Gemeinderat dem Antrag des Stadtrates zu folgen und KIP 2bis zuzustimmen und den Bruttokredit von Fr. 520'000.- freizugeben.“

### Diskussion



## Lukas Schanz (SVP/EDU)

„Ich möchte auch nochmals kurz auf den fehlenden Bericht des Stadtrates hinweisen. Im Jahr 2013 kann man im Protokoll und der Weisung vom KIP 1 entnehmen, dass der Stadtrat 2013 versprochen hat, das Projekt auszuwerten und dem Gemeinderat zu berichten. Im Jahr 2017 wurde dann über KIP2 abgestimmt. Auch dort wurde seitens der SVP darauf hingewiesen, dass dieser Bericht fehlt. Jetzt sind wir soweit und stimmen über KIP 2bis ab und wir haben noch immer keinen Bericht. Für die SVP/EDU Fraktion ist klar, wenn der Stadtrat sich weigert den versprochenen Bericht zu einem Projekt zu machen, welches einmal befristet eingeführt wurde, ist es offenbar für den Stadtrat kein Projekt mit Priorität und nicht wichtig. Vielleicht überprüft der Stadtrat jetzt bei der Leistungsüberprüfung, ob die Integrationsarbeit ihren Zweck erfüllt und ob es wertvoll ist, oder allenfalls Geld eingespart werden kann. Kritisieren möchte ich an dieser Stelle auch die knappe Bearbeitungszeit dieses Geschäfts. Wir haben nicht einmal ein halbes Jahr Zeit, um das Geschäft zu bearbeiten. Genau wie beim letzten Mal. Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass bald einmal KIP 2bis Plus oder KIP 3 folgt, das ab dem Jahr 2024 läuft. Ich möchte dem Stadtrat bereits jetzt auf den Weg geben, dass er darauf achten soll, dass das Geschäft Anfangs 2023, sprich in einem Jahr, an die entsprechende Kommission gegeben wird. Bis dahin liegt eventuell auch der versprochene Bericht vom Stadtrat vor. Ich erwarte, dass sich der Stadtrat nicht aus der Verantwortung zieht oder auf den Kanton abschiebt, sondern aktiv bei den entsprechenden Stellen darauf hinweist. Es ist klar, dass das Geschäft kommen wird und man kann hier entsprechend Vorspuren, damit das Geschäft anfangs 2023 in der GRPK behandelt werden kann. Aus diesen Gründen, weil wir einerseits keine Zeit hatten das Geschäft seriös zu prüfen und auch weil wir keinen Bericht haben, lehnt die SVP/EDU Fraktion KIP 2bis ab.“

## **Abstimmung**

Das vorliegende Geschäft wird mit 24 zu 12 Stimmen genehmigt.

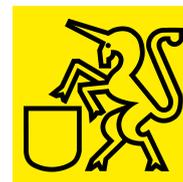
## **Beschluss**

1. Der Teilnahme am Kantonalen Integrationsprogramm KIP 2bis per 1. Januar 2022, befristet für die Jahre 2022 bis 2023, wird zugestimmt.
2. Dem Bruttokredit für die Jahre 2022 bis 2023 mit einmaligen Kosten von insgesamt Fr. 520'000.00 wird zugestimmt.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.
5. **Verein für Prävention und Drogenfragen Zürcher Oberland; Finanzierungsbeitrag Stadt Dübendorf 2021-2023  
GR Geschäft Nr. 81/2021**

---

## GRPK-Sprecherin Sarah Steiner (SVP/EDU)

„Gemäss § 48 des Gesundheitsgesetzes hat der Kanton zusammen mit den Gemeinden für ein Netz von Suchtpräventionsstellen zu sorgen. Im Rahmen dieses gesetzlichen Auftrages der Gemeinden und des Kantons Zürich stellt die regionale Suchtpräventionsstelle Zürcher Oberland als Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für Prävention die Suchtprävention in der Region sicher. Der Betrieb der regionalen Präventionsstellen wird der Bevölkerung der Beitragsgemeinden kostenlos zur Verfügung gestellt. Er wird hauptsächlich über jährliche Gemeindebeiträge von CHF 3.--/Kopf sowie zu 30% mit kantonalen Staatsbeiträgen (maximal limitiert auf CHF 1.07 pro Einwohner/-in) finanziert.“



Bis 2019 tolerierte der vdzo den Einzelleistungsbezug der Stadt Dübendorf, die auf der Absicht ba-sierte, die notwendigen Leistungen im Bereich Suchtprävention günstiger oder gar selber anbieten zu können. Seither wurde die Stadt vermehrt darauf hingewiesen, dass daran aus solidarischen Gründen gegenüber den übrigen Mitgliedsgemeinden nicht weiter festgehalten werden könne. Nachdem bei der Stadt Dübendorf der Bedarf sowohl im Bereich der Suchtprävention wie auch der Gewaltpräventi-on ausgewiesen wurde, reichte sie den vorliegenden Antrag Anfang 2021 ein.

Ausgehend von einem jährlichen Pro-Kopf-Betrag von CHF 3.—pro Einwohner/-in ergibt sich für die Stadt Dübendorf ein jährlicher Finanzierungsbeitrag von CHF 90'000.--. Grundsätzlich wurde von einer Übernahme der Gesamtkosten von je einem Drittel durch die drei Bereiche Stadt Dübendorf, Primarschule Dübendorf und Sekundarschule Dübendorf-Schwerzenbach ausgegangen. Da die Ge-meinde Schwerzenbach als Teil der Sekundarschulgemeinde ebenfalls bereits einen Beitrag an den vdzo und Drogenfragen Zürcher Oberland leistet, wurde der Beitrag der Sekundarschulgemeinde um CHF 5'000.—auf CHF 25'000.—reduziert.

Da die Sekundarschule Dübendorf-Schwerzenbach eine jährliche Kostenbeteiligung von CHF 25'000.—bereits zugesichert hat, beträgt der jährliche Finanzierungsbeitrag der Stadt Dübendorf CHF 65'000.--. Der Stadtrat hat diverse Alternativen überprüft und der UK vorgelegt. Da wir im Vergleich mit dem Leistungsausmass der Suchtpräventionsstelle nicht billiger kommen würden, wenn das die Stadt Dübendorf eigenständig aufgleist, sind die UK und die GRPK einstimmig zum Schluss gekom-men, den Antrag anzunehmen. Ich empfehle auch dem Gemeinderat den jährlichen Nettokostenbei-trag anzunehmen.“

#### Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

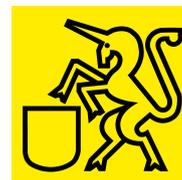
#### Stellungnahme Stadtrat, Stadtpräsident André Ingold (SVP)

„Ich danke der GRPK für die wohlwollende Prüfung. In der Tat hat die Stadt Dübendorf in der Ver-gangenheit davon profitiert, dass nur Kosten in Rechnung gestellt wurden, welche auch angefallen sind. Dies aber auch mit einer grossen Dunkelziffer, da auch ein anonymes Telefonberatungsangebot stattfindet und somit keine Zuordnung zu einer Gemeinde erfolgen konnte. Würde sich die Stadt Dü-bendorf nicht dem Verein für Prävention und Drogenfragen Zürcher Oberland anschliessen, verpflich-tet sie sich, die Suchtprävention selber zu organisieren. Das hätte aus Sicht des Stadtrates ganz klar höhere Kosten zur Folge. Da die Sekundarschule ebenfalls von der Mitgliedschaft profitiert, dort aber zwei Gemeinden Nutzniesser sind, hat die Sekundarschule zugesichert, dass sie jeweils einen Bei-trag von Fr. 25'000.- beisteuert. Somit ergibt sich für die Stadt Dübendorf den bereits gehörten Betrag von Fr. 65'000.-. Ich danke dem Gemeinderat für die Zustimmung und somit dem Beitritt in den Ver-ein Prävention und Drogenfragen Zürcher Oberland.“

#### Diskussion

#### Hanna Baumann (SP)

„Selbstverständlich stimmen die Fraktionen SP und Grüne dem Finanzierungsbeitrag der Stadt Dü-bendorf zugunsten des Vereins Prävention und Drogenfragen Zürcher Oberland zu. Und wir hoffen gar auf einen einstimmigen positiven Entscheid. Ich habe im Fachausschuss Gesundheit und Präven-tion, dem ich als Vertreterin der reformierten Kirche schon seit 2016 angehöre, Gelegenheit, persön-lich Einblick zu nehmen in die Arbeitsweise, das Engagement und die Angebote des Vereins. Die Inputs der Beauftragten sind für das Gremium Fachausschuss unentbehrlich, denn sie wissen Be-scheid, was aktuell ‚in‘ und gefragt ist bei den Jugendlichen und wie sie im öffentlichen Raum, in der Schule und Zuhause gegen Sucht und Drogenkonsum gestärkt werden können. Der Verein verfolgt aktuelle Trends und Entwicklungen in unserer Region und passt seine Angebote entsprechend lau-fend den Bedürfnissen der Jugendlichen und Kinder an. Wie Sie alle wissen, haben wir zurzeit Bedarf an Gewaltpräventionsmassnahmen, da die Hooligan-Szenen von GC gegen FCZ sogar Primarschul-



kinder massiv unter Druck setzen, z.B. GC-Kleber überall hin aufzukleben und zu verbreiten. In solchen Situationen sind wir froh, dass der Verein für Prävention und Drogenfragen seine Aufgaben gemacht hat und bereit ist, die Schulen und die offene Jugendarbeit ganz konkret mit ihrem Spezialwissen zu begleiten und zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund erscheint es völlig unverständlich, dass die Stadt Dübendorf in den letzten Jahren auf ihren Anteil an der Finanzierung verzichtet und nur einzelne Rosinen (=Massnahmen, wie z.B. Alkoholtstkäufe) herausgepickt hat.

Es soll mir auch niemand erzählen, Dübendorf habe Gewaltprävention und spezifisches Fachwissen im Bereich Drogen und Suchtverhalten nicht nötig! Seit mindestens 25 Jahren ist die Drogenproblematik in unserer Stadt offensichtlich, und wenn die Bevölkerung zunimmt, werden solche Themen nicht einfach verschwinden. Denken Sie daran: Jeden Franken, den wir in Prävention investieren, zahlt sich um ein Vielfaches aus. Denn jede Gewalttat, die verhindert wird, und jede Person, die nicht süchtig wird, entlastet die Staatskasse um Millionen.

Deshalb bitte ich euch, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, um ein klares ‚JA‘ zum vorliegenden Antrag.“

## Abstimmung

Das vorliegende Geschäft wird mit 36 zu 0 Stimmen genehmigt.

## Beschluss

1. Der Ausrichtung eines jährlichen Finanzierungsbeitrages der Stadt Dübendorf an den Verein für Prävention und Drogenfragen Zürcher Oberland mit jährlichen Bruttokosten von Fr. 90'000.00 und jährlichen Nettokosten von Fr. 65'000.00 für die Jahre 2021 – 2023 wird zugestimmt.
2. Der benötigte jährliche Nettokredit von Fr. 65'000.00 wird bewilligt. Die Krediterteilung wird dabei auf die Jahre 2021 bis 2023 beschränkt.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

## 6. Budget 2022 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 110/2021

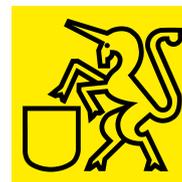
---

Gemeinderatspräsident Ivo Hasler (SP) erklärt den Verhandlungsablauf sowie das Abstimmungsverfahren. In der Eintretensdebatte wird zuerst das Eintreten oder Nichteintreten beschlossen. Bei Eintreten wird anschliessend die Detailberatung durchgeführt. Wenn in der Detailberatung zu den einzelnen Abschnitten in der Erfolgsrechnung sowie in der Investitionsrechnung keine Anträge gestellt werden, gelten sie als genehmigt. Nach der Detailberatung über die Erfolgsrechnung und die Investitionsrechnung findet jeweils eine Zwischenabstimmung über die bereinigte Erfolgsrechnung bzw. über die bereinigte Investitionsrechnung statt. Anschliessend wird über die Höhe des Steuerfusses befunden. In einer Schlussabstimmung wird dann gesamthaft über die Annahme bzw. Ablehnung vom Budget abgestimmt. Gegen dieses Vorgehen werden auf Nachfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben.

## Eintretensdebatte

Referat GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

„Auch das Budget 2022 und der Prüfprozess haben unter dem Corona-Stern gestanden. Zwar haben alle unsere Sitzungen physisch stattfinden können, weil aber die Sitzungszimmer im Stadthaus unter Berücksichtigung der Schutzauflagen für die GRPK zu klein sind, mussten die Sitzungen in den



Räumlichkeiten vom Leepünt und ReZ stattfinden. Wie schon das letzte Budget, hat der Stadtrat wieder einen Voranschlag mit einem positiven Vorzeichen vorgelegt. Dies darf aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass zum einen der Überschuss vom Ressourcenausgleich des Kantons stammt und zum anderen die Kostenseite weiter angewachsen ist.

## **Prüfansatz konstant**

Die GRPK hat auch dieses Jahr das Budget nach dem bewährten, hier aufgelisteten Prüfansatz angeschaut. Einzige Änderung im Ablauf war, dass neu die Anschlussfragen ebenfalls vorgängig schriftlich beantwortet wurden, damit wir uns im Austausch mit der Delegation des Stadtrats auf die Diskussion wichtiger Themen konzentrieren konnten und nur noch letzte Unklarheiten zu bereinigen waren. Dass sich diese Anpassung im Prozess bewährt, hatte sich schon bei der Prüfung der letzten Jahresrechnung gezeigt und konnte nun bei der Prüfung des Budgets bestätigt werden.

Die GRPK hat auch dieses Jahr wieder viele Fragen zum Budget gestellt. Ähnlich wie in den Vorjahren war der Fragekatalog recht umfangreich. Die Fragen lassen sich grundsätzlich in vier Kategorien einteilen:

1. Grundsätzliches Interesse an einer Position bzw. Verständnisfragen
2. Unklarer oder unvollständiger Differenzenkommentar
3. Formales und/oder Darstellungsfragen
4. Klärung von möglichen Budget-Reduktionen

### Grundsätzliches Interesse an einer Budget Position

Es erscheint mir wichtig, dass die GPRK nicht nur auf die Abweichung auf einer Position zum letzten Budget oder zur Ist-Zahl schaut, sondern auch Positionen grundsätzlich hinterfragt, um zu ergründen, was hinter den Zahlen steckt. Dies ist unter anderem bei der Investitionsrechnung der Fall. Diese ist für die GRPK schwerer lesbar, weil es keinen Differenzen-Kommentar dazu gibt. Zudem ist immer nur der fürs Budget-Jahr fällige Anteil der Investition sichtbar. Diese Ausschnitte aus dem Investitionsprogramm zu beurteilen ist aufwendig und führt zu Fragen. Auf diese Problematik weise ich jedes Jahr hin. Eine Verknüpfung mit dem Finanzplan wäre sicher hilfreich und würde die Anzahl Fragen reduzieren.

### Unklarer oder unvollständiger Differenzenkommentar

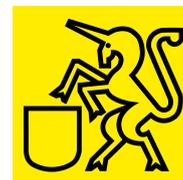
Die Qualität des Differenzenkommentars hat sich in den letzten Jahren stetig verbessert. Die diesbezüglichen Fragen haben sich im Vergleich zum Budget 2020 halbiert. Die permanenten Fragen der GRPK haben sicher ihren Beitrag dazu geleistet. Die sehr grosse Mehrheit der Abweichungen wurde gut erläutert. Bei einigen Positionen besteht aber immer noch Verbesserungspotential. Ungenügend oder sogar falsch begründete Positionen generieren selbstverständlich Fragen und Anschlussfragen unsererseits.

### Klärung von möglichen Budget-Reduktionen

Da im Budget die Aufwandseite weiter angestiegen ist, sind einige Fragen mit dem Hintergrund einer möglichen Budget-Korrektur gestellt worden. Da der Stadtrat konkrete und keine pauschalen Kürzungen haben möchte, bedarf dies Fragen bei den verschiedenen Abteilungen und Positionen, um die Haltung des Stadtrats zu einem möglichen Antrag vorgängig abzuholen und im Austausch mit der Delegation Stadtrat zu diskutieren. Da sich die Situation mit den Dienstleistungen Dritter und Sprinkerkosten etwas entspannt hat, ist auch in diesem Bereich die Anzahl Fragen zurückgegangen.

## **Aufteilung auf Abteilungen**

Betrachtet man den Fragekatalog auf Ebene der Departemente, stellen wir fest, dass die Abteilungen Präsidium, Bildung und Soziales am meisten Fragen zu beantworten hatten. Die meisten Fragen waren inhaltliche Verständnis-Fragen. Es kamen aber noch Fragen zu möglichen Budget-Anpassungen hinzu. Bei der Abteilung Soziales war noch immer die Mehrheit der Fragen beeinflusst



vom Differenzenkommentar oder unklarer Darstellung im Budget. Im Vergleich zu den Vorjahren lässt sich aber endlich eine Verbesserung feststellen. Die Situation der vielen Fragen bei der Investitionsrechnung habe ich bereits erwähnt.

## **Gesamtsicht**

Kommen wir nun aber zum eigentlichen Budget. Bei der Betrachtung der Gesamtzahlen (Zahlen von Budget, Seite 15) zeigt sich, dass der betriebliche Aufwand um 4.5 % ggü. Budget 2021 ansteigt. Dies hat massgeblich mit einer Kostenzunahme im Personalaufwand zu tun, der von der Primarschule mit 1,76 Mio. Franken, dem ASZ mit 0,91 Mio. Franken und der Abteilung Soziales mit 0,28 Mio. Franken verursacht werden. Auch die Zunahmen beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand, werden hauptsächlich von der Primarschule, dem Alterszentrum und der Abteilung Soziales ausgelöst. Die budgetierten Abschreibungen liegen unter dem Vorjahr, dies eine direkte Auswirkung der tieferen Investitionen. Auf der Ertragsseite schlagen die Einnahmen aus dem Ressourcenausgleich von Netto 12,4 Mio. Franken zu Buche. Im Budget 2020 war dieser Betrag noch bei 5,1 Mio., im Budget 2021 bei 11,9 Mio. Franken. Aber auch der weitere Ausbau des ASZ hat Mehreinnahmen zur Folge.

Die budgetierten Steuereinnahmen für 2022 sind im Total um 2,8 Mio. höher als im letzten Budget voranschlagt. Der Stadtrat geht also weiterhin nicht von einem COVID Effekt aus. (Zahlen von Budget, Seite 10) Die Annahmen zur Grundstückgewinnsteuer liegen mit 14 Mio. Franken um 3 Mio. über dem Wert aus dem Budget 2021. Auf dieser Übersicht sehen wir nochmals eindrücklich, dass der Ressourcenausgleich das Budget 2021 und 2022 massgeblich beeinflusst. Der Stadtrat hat der GRPK versichert, dass er die Zahlen so gut wie möglich verifiziert hat.

Betrachten wir die Werte je Abteilung (Zahlen von Budget, Seite 46), sehen wir nochmals die Zunahme bei der Primarschule. Die steigenden Schülerzahlen auf allen Stufen, der Ausbau der Betreuungsstrukturen, die Einführung der neuen IT-Infrastruktur sowie der Anstieg der Sonderschulungskosten sind nur einige der Gründe, weshalb der Aufwand hier dermassen ansteigt.

Beim Anstieg der Kosten im Präsidium, sind die erhöhten Aufwände für die Allgemeine Verwaltung wie Geschäftsleitung und Behördendienste zu beachten die u.a. mit den Gesamterneuerungswahlen, den höheren Kosten für das neue Publikationsorgan sowie dem zentralen Budget für Springerkosten zusammenhängen. Zudem steigen die Beiträge an Vereine und Verbände – insbesondere den Zweckverband Dürrbach – an.

Die Abweichung bei den Finanzen ist hauptsächlich den erwähnten Steuereinnahmen und dem Ressourcenausgleich zu verdanken.

Wenn wir die Kostenentwicklung der einzelnen Departemente über die letzten sechs Jahre ansehen, (hier die Brutto-Aufwände ohne Abschreibungen) veranschaulichen sich zum einen die Kosten-Dimensionen der verschiedenen Abteilungen und zum anderen verdeutlicht sich, dass die Aufwände in den beiden aufwandstärksten Rubriken – Soziales und Bildung – über die letzten Jahre kontinuierlich angestiegen sind und zusammen seit 2017 um über 25 Mio. Franken zugenommen haben. Eine klare und transparente Führung dieser Betriebe ist also essenziell, wenn wir das Vertrauen in die uns präsentierten Zahlen haben möchten.

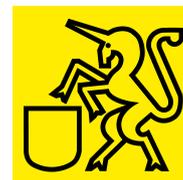
Bei der Bildung haben wir in den letzten Jahren zusammen mit der Primarschulpflege grosse Fortschritte gemacht.

Beim Sozialen gibt es aber noch einiges an Verbesserungspotential. So musste die GRPK dieses Jahr kritisieren, dass verschiedene Kontoverschiebungen nicht transparent zurückverfolgt werden konnten und daher die Beurteilung einiger Bereiche im Sozialen nur ungenügend erfolgen konnte.

## **Ein paar Details**

Kommen wir an dieser Stelle nun noch zu ein paar Details, auf welche die GRPK bei der Prüfung gestossen ist und die uns eine Erwähnung hier im Gemeinderat wert sind.

### Leistungsüberprüfung



Der kontinuierlich ansteigende betriebliche Aufwand zeigt uns sehr gut, dass die in Angriff genommene Leistungsüberprüfung ein wichtiges Projekt ist. Die im letzten Budget in Aussicht gestellten Effekte fürs Budget 2022 sind jedoch nicht in die Zahlen eingeflossen.

Der GRPK ist es ein zentrales Anliegen, dass dieses mehrjährige Projekt der Überprüfung der Leistungen und Prozesse seriös gemacht wird. Einzelne Abteilungen wie Planung, Hochbau oder Tiefbau werden nun zusätzlich vertieft analysiert. Viele der Prozesse innerhalb der Verwaltung sind eng miteinander verwoben. Jede Anpassung hat Auswirkungen auf einen anderen Prozess oder eine andere Abteilung.

Darum verzichtet die GRPK auch darauf, bereits fürs Budget 2022 Effekte aus der Leistungsüberprüfung zu inkludieren, auch wenn dem Stadtrat bereits Zahlen für „Quickwins“ vorliegen. Selbstredend gehen wir davon aus, dass der Stadtrat diese Kostenreduktionen dennoch zeitnah realisiert wird, auch wenn sie nicht im Budget sind.

### Dienstleistungen Dritter / Springer Einsätze

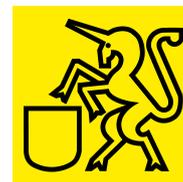
Der Dauerbrenner in den letzten Jahren waren stets die Dienstleistungen Dritter. Diese beinhalten Honorare für externe Berater aber auch für Fremdpersonal und Springereinsätze. Nach dem sowohl im Budget 2020 wie auch im Budget 2021 diese Kosten vom Gemeinderat auf Antrag der GRPK gekürzt wurden, gibt es für das Budget 2022 keine Anträge in dieser Richtung. Auch wenn die Kosten immer noch sehr hoch sind, konnten diese doch stabilisiert werden, indem einige der reduzierten Positionen nicht weiter ansteigen. Zu beachten gilt, dass in den budgetierten 9,2 Mio. Franken nur wenig Kosten für Springer enthalten sind. Diese waren und sind vor allem in der Abteilung Soziales und dem Alterszentrum IMWIL ein enormer Posten, der in der Vergangenheit ausser Kontrolle geraten war. Die mittlerweile getroffenen Massnahmen stimmen uns positiv, dass zum einen die Situation in den betroffenen Abteilungen unter Kontrolle ist und zum anderen die allermeisten Stellen in der nahen Zukunft besetzt werden können, sodass uns das Kostendebakel der jüngeren Vergangenheit hoffentlich erspart bleiben wird.

### Quellensteuern

Die GRPK ist nach wie vor mit der Situation bei den Quellensteuern nicht zufrieden. Schon in den letzten Budgets waren diese ein Thema, da der Kanton grosse Verzögerungen bei der Abrechnung dieser Steuern hatte, was sich negativ auf die Finanzen der Stadt Dübendorf aber auch allen anderen Gemeinden im Kanton Zürich ausgewirkt hatte. Zwar hat sich die Situation mittlerweile entspannt, es bestehen aber immer noch Restanzen, die abgearbeitet werden müssen. Dem Steueramt Dübendorf werden aber von Seiten des Kantons keine betragsmässigen Restanzen ausgewiesen. Der Kanton informiert die Gemeinden lediglich über die zeitlichen Abrechnungsrückstände, die zurzeit bei 3 Monaten liegen. Dieses Vorgehen ist weder für die GRPK noch den Stadtrat zufriedenstellend. Die Gemeinde-Steuerämter seien mit dem Kanton im Austausch und müssten davon ausgehen, dass die Restanzen stimmen, was die Budgetierung dieser Position zusätzlich schwierig mache, sagt der Stadtrat zur aktuellen Situation.

### Gebührenerträge Hochbau

Mittlerweile ebenfalls ein Dauerbrenner ist die Höhe der Gebührenerträge im Bereich Hochbau. Auch wenn uns verschiedentlich versichert wird, dass die Abläufe im Zuge der Leistungsüberprüfung untersucht würden, so sollte nach Ansicht der Kommission der Gebührenertrag um ein Vielfaches höher sein, als dies in Budget und Rechnung ausgewiesen wird. Nach Aussage des Stadtrates seien mittlerweile die Ressourcen für die Abschlüsse und Rechnungsstellung der Baugesuche aufgestockt und die Restanzen reduziert worden. Der Abrechnungsrückstand ist aber immer noch beträchtlich. Zudem ist sich die GRPK nicht sicher, ob an dieser Stelle nicht Geld verloren geht. Ausserdem erwartet die GRPK vom Hochbau, dass generell mehr Eigenleistungen erbracht werden und weniger an Dritte vergeben wird. Diese Evaluierung ist gemäss Stadtrat auch ein Teil der Leistungsüberprüfung. Diese



Überlegungen müssen zwingend vor der Submission des neuen Vertrages Stadttingenieur abgeschlossen sein.

Die GRPK fordert den Stadtrat daher auf, die mittlerweile gewonnen Erkenntnisse bez. Abrechnungsmodellen, Darstellung in der Erfolgsrechnung, Arbeitsabläufen und der Höhe der Gebühren zeitnah in die Tat umzusetzen, damit mehr Transparenz geschaffen und das Vertrauen in die Zahlen wieder hergestellt werden kann.

### Mehrkosten Jugendschutz

Aufgrund einer Gesetzesänderung beim Kanton wird die Finanzierung des Jugendschutzes neu geregelt. Dies ergibt für die Stadt Dübendorf Mehrkosten von sagenhaften 2,7 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2021 und Rechnung 2020. Welche Leistungen mit der neuen Pauschale für Kinderschutzmassnahmen finanziert werden und wo im Gegenzug Kosten wegfallen werden ist dem Stadtrat jedoch nicht klar. Er hat sich aber auch nicht um Transparenz bemüht. Dass der Stadtrat bei einem solchen Anstieg der Kosten auf einer einzelnen Position nicht von sich aus mehr Nachforschungen intern und beim Kanton anstellt, ist für die GRPK unverständlich und nicht nachvollziehbar.

### Investitionsrechnung

Der Realisierungsgrad der budgetierten Investitionen sollte gemäss Stadtrat bei 75 % - 80 % liegen. Dies war in den letzten Jahren aber aus verschiedensten Gründen nicht der Fall. Jedes Jahr gibt es sehr viele Projekte in allen Abteilungen, welche in der IR budgetiert werden. Ob das jeweilige Projekt im entsprechenden Jahr auch tatsächlich umgesetzt werden kann, ist bei der Budgetierung noch nicht immer vorhersehbar. Deshalb ist es unrealistisch, dass ein Wert von 100% erreicht werden kann. Der Stadtrat priorisiert im Finanzplan angekündigte Projekte und es wird geschaut, dass die Kosten in einem angemessenen Rahmen bleiben. Im Finanzplan wird zudem mit einer Ausschöpfung von 80% und nicht mit 100% wie im Budget gerechnet. Von der GRPK wird eine Änderung der Praxis bei der Erstellung der IR gewünscht, damit das Budget näher an die erreichbaren Werte kommt und realistischer wird.

### Mehr bei den Änderungsanträgen

Es gab noch eine ganze Menge von weiteren Punkten. Einige haben zu Änderungsanträgen der GRPK geführt. Ich werde mich also bei deren Behandlung dazu äussern.

### **Dank**

Nun habe ich einige Punkte erwähnt und dabei auch Kritik geübt. Aber es ist die Aufgabe der GRPK genau hinzuschauen.

Wir haben auch dieses Jahr viele Fragen gestellt und es wurde sehr gründlich gearbeitet. Ich möchte mich bei der GRPK für die Beharrlichkeit und Ausdauer bei den Sitzungen bedanken. Zum Abschluss möchte ich mich bei der Verwaltung und beim Stadtrat bedanken. Auch wenn penetrant nachgefragt und hart debattiert wird, stellen wir fest, dass grossmehrheitlich seriös und gut gearbeitet wird und uns ein fundiertes Budget präsentiert wurde. Gerne bedanke ich mich auch für die offene und ehrliche Zusammenarbeit, die bei einer solchen Prüfung wichtig und unabdingbar ist.

### **Gesamtbeurteilung**

Wir haben wieder ein sorgfältig erarbeitetes Budget vor uns. Das positive Ergebnis hat den Umfang des Fragekataloges nicht beeinflusst, da die allgemeinen Rahmenbedingungen schwierig sind. Die GRPK hat einige Änderungsanträge formuliert, über die wir im Anschluss befinden werden. Die erhaltenen Antworten und die dazugehörigen Beilagen waren fast immer nachvollziehbar. Es besteht jedoch noch immer Verbesserungspotential beim Abfüllen des Differenzen-Kommentars und der Transparenz der Zahlen. Die GRPK stellt zum Budget 16 und zur Investitionsrechnung 2 Änderungsanträge. Dabei sind 80% der Anträge Anpassungen an die neusten Erkenntnisse, die im Einvernehmen mit dem Stadtrat entstanden sind.



Die GRPK beantragt Eintreten aufs Budget 2022.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

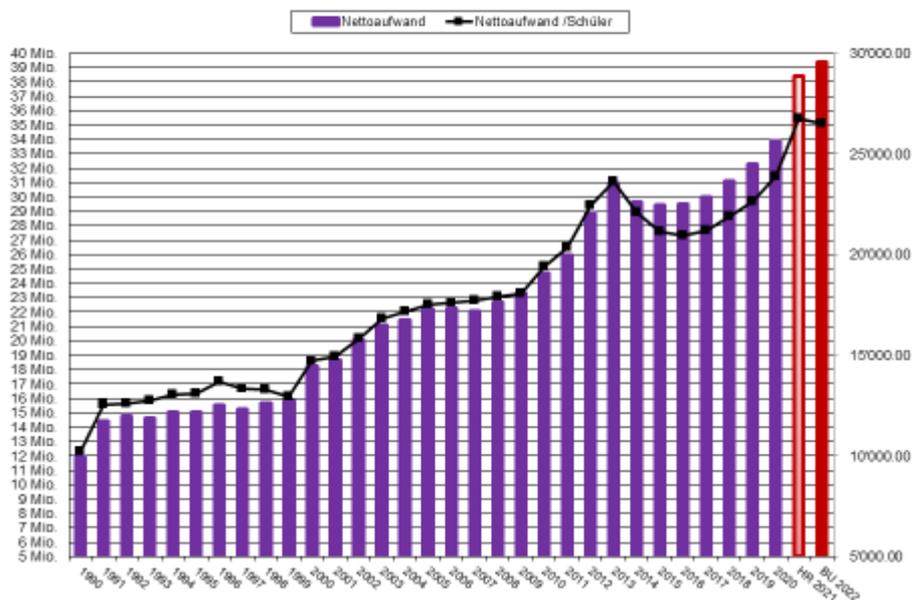
Keine

Stellungnahme Stadtrat / Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

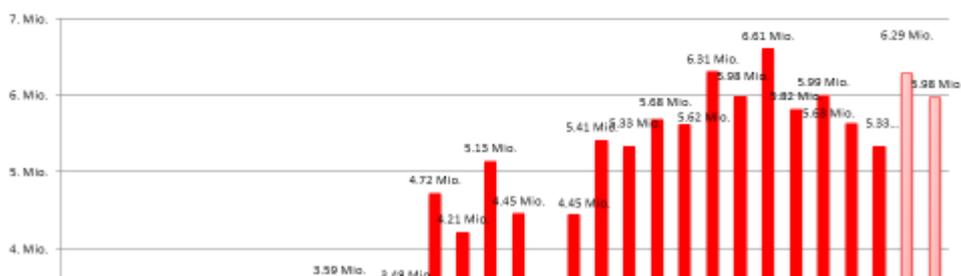
Der Finanzvorstand erklärt anhand seiner Powerpoint-Präsentation folgende Entwicklungen:

- Entwicklung Nettoaufwand und Schülerzahlen 1990-2022
- Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe 1991-2022
- Pflegefinanzierung 2012-2022
- Zusatzleistungen zur AHV/IV 1991-2022
- Steuerfussbereinigte Steuern 1993-2025
- Steuerfussverlauf mit Grundsteuern 1993-2025
- Steuerkraftentwicklung Dübendorf vs. Kanton 1989-2021
- Nettoschuld Dübendorf 1993-2025
- Entwicklung verzinsliche Schuld 1993-2025
- Entwicklung verzinsliche Schuld relativiert um ASZ 1993-2025
- Selbstfinanzierungsgrad und Steuerfuss Planperiode

**Primarschule  
Entwicklung Nettoaufwand und Schülerzahlen ab 1990**

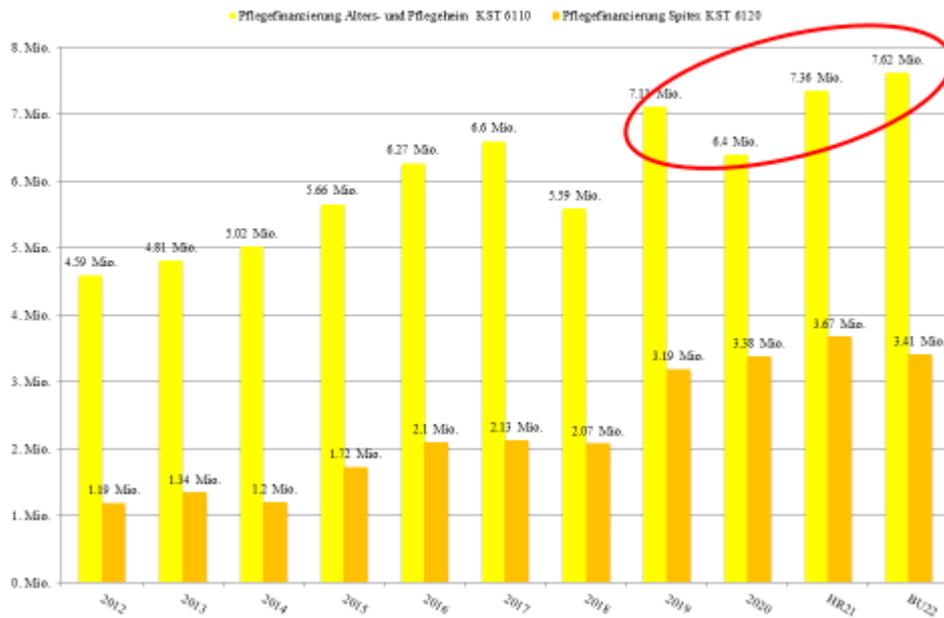


**Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe**

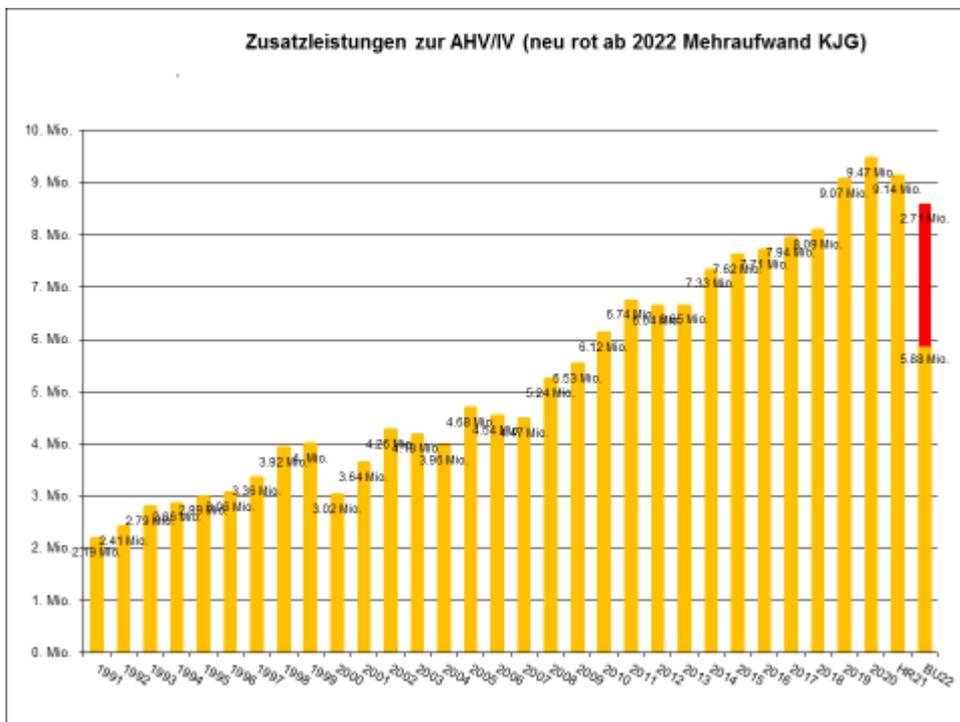


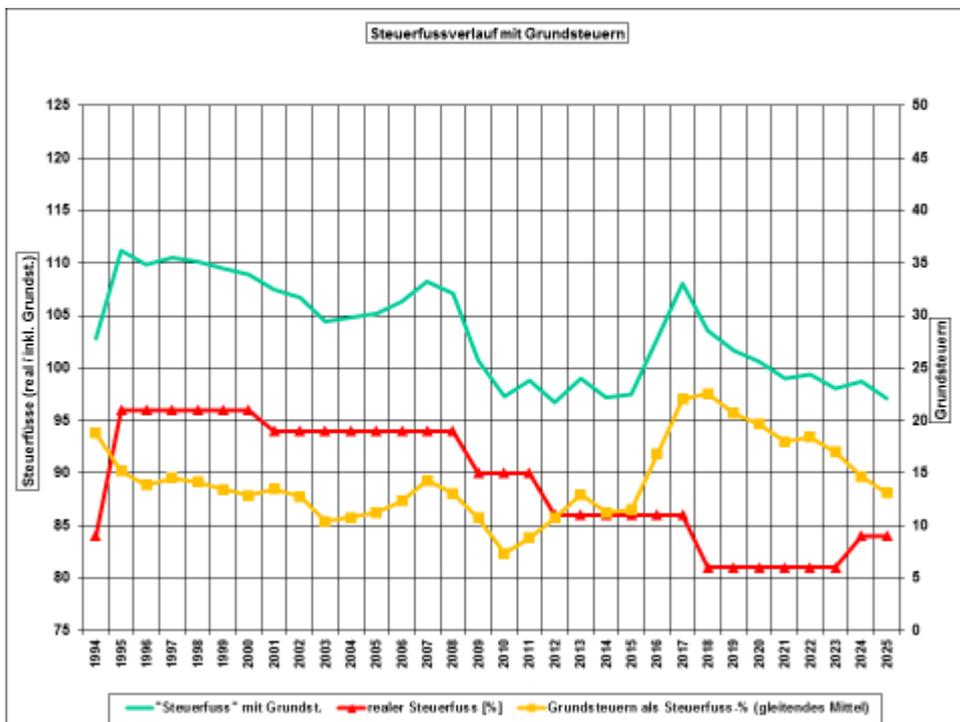
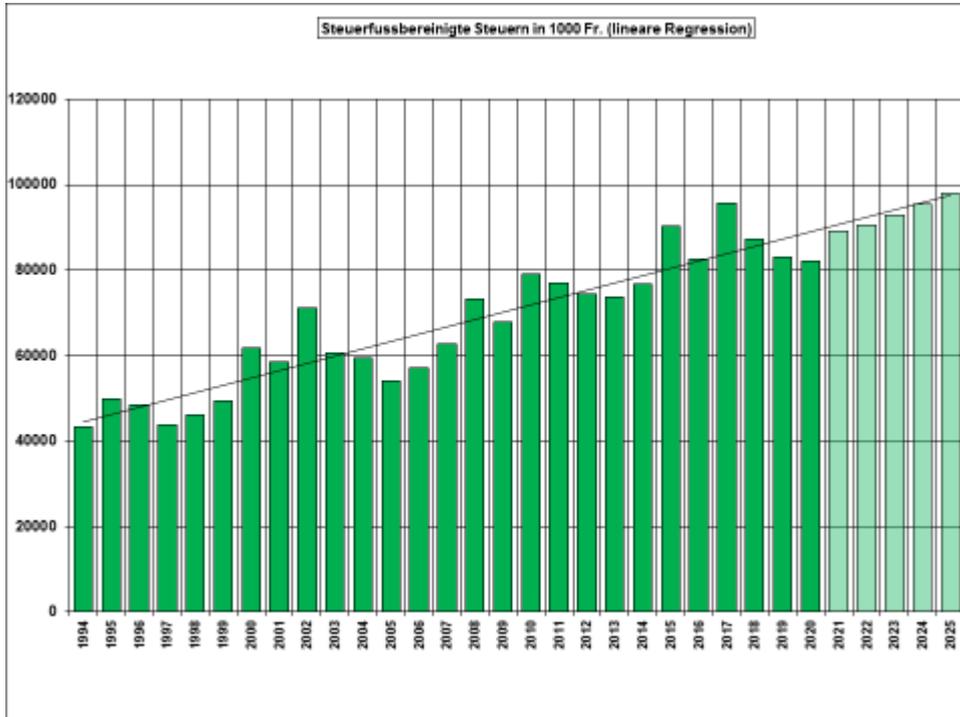


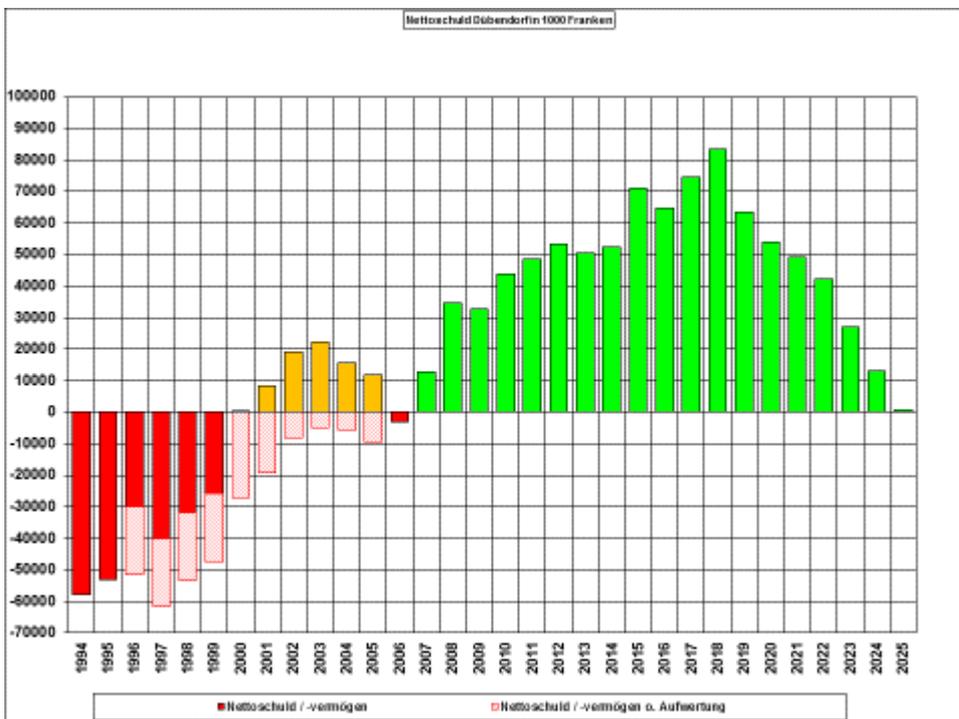
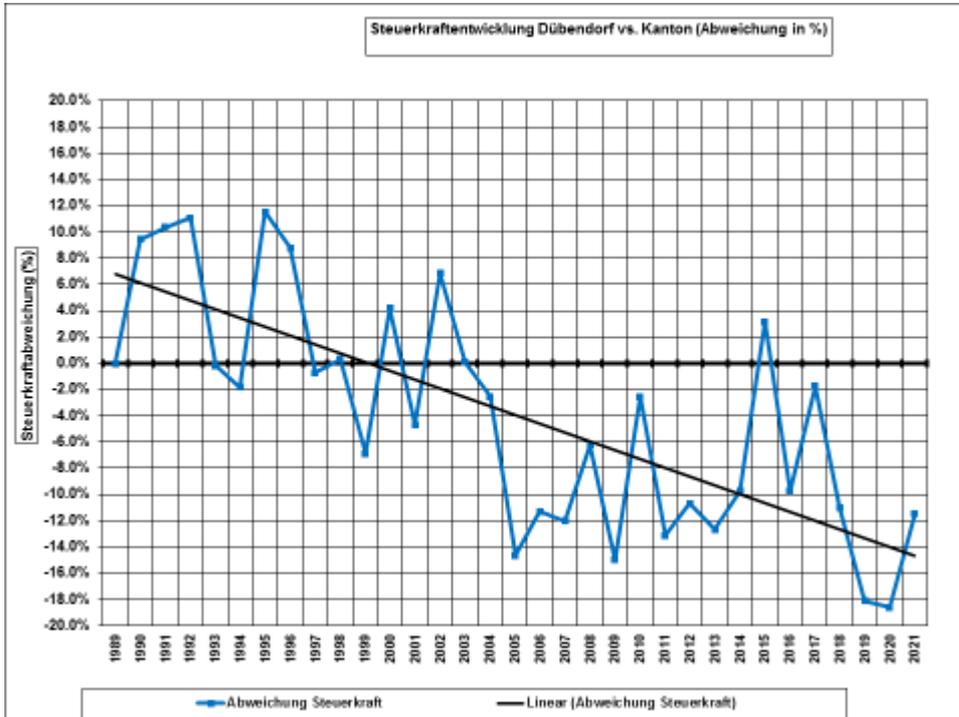
## Pflegefinanzierung Alters- und Pflegeheim und Spitex



## Zusatzleistungen zur AHV/IV (neu rot ab 2022 Mehraufwand KJG)

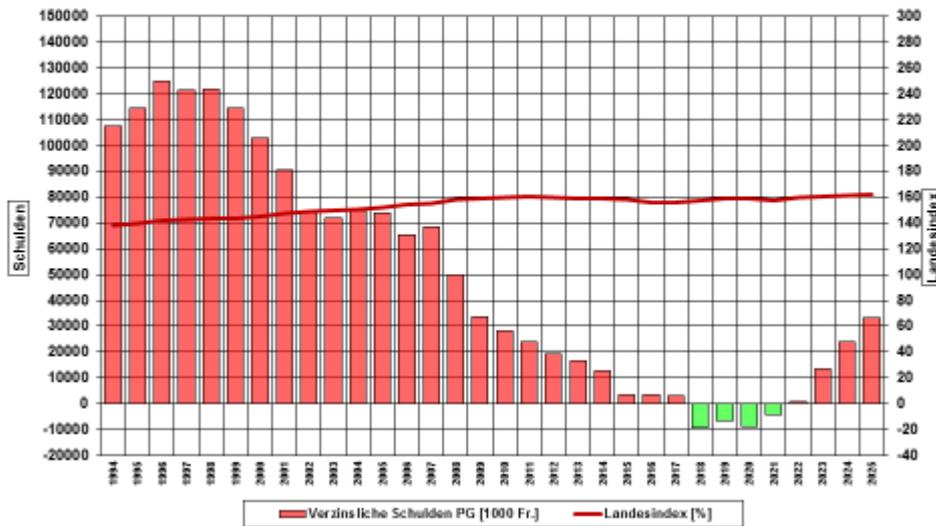




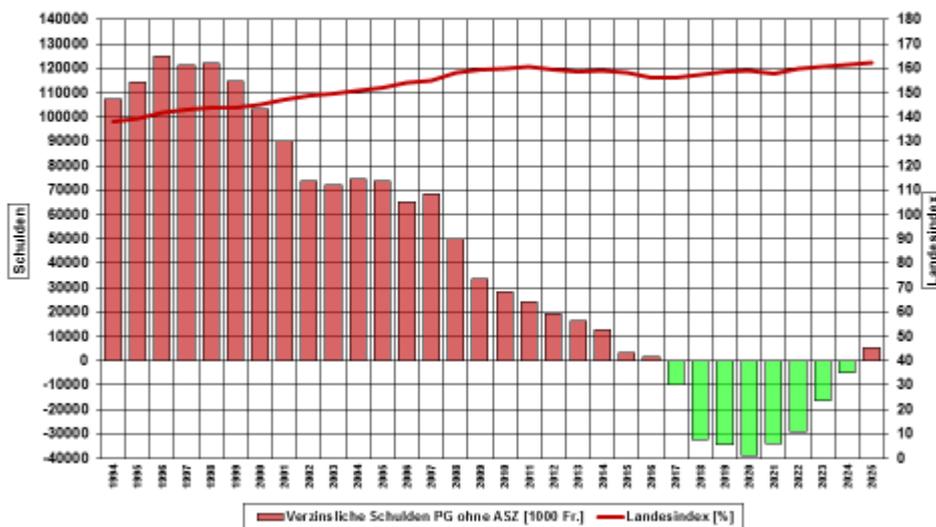




Entwicklung verzinsliche Schuld (Pol. Gut)

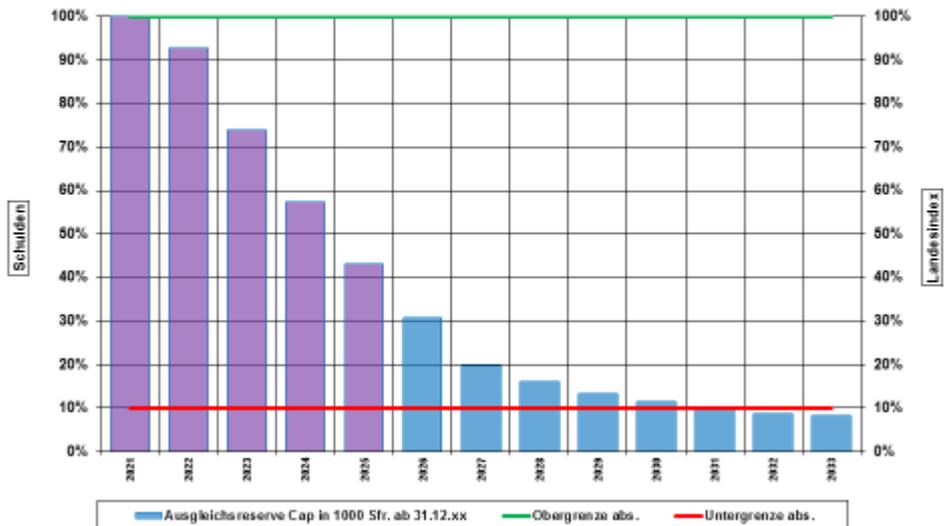


Entwicklung verzinsliche Schuld relativiert um ASZ

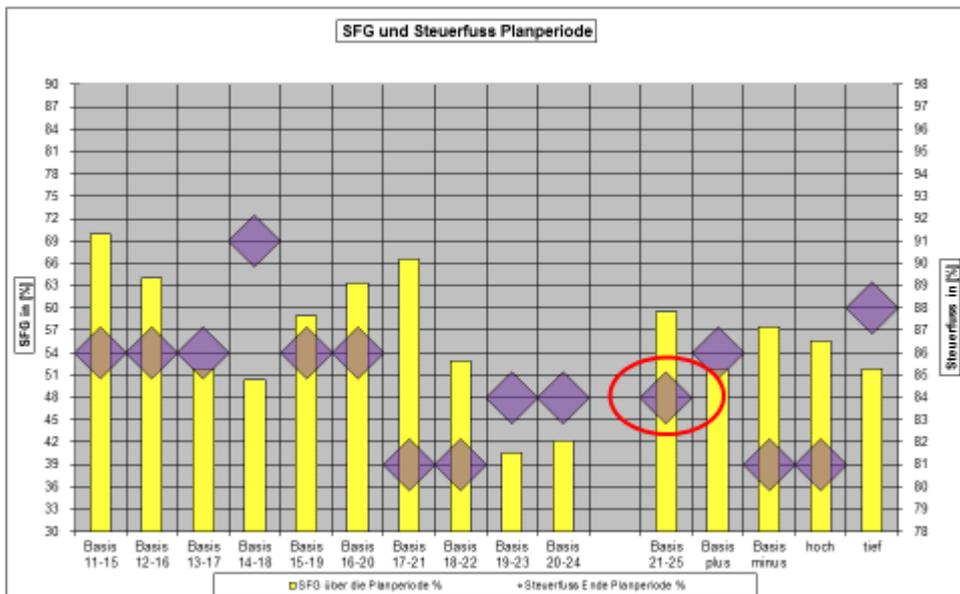




Entwicklung verzinsliche Schuld



SFG und Steuerfuss Planperiode



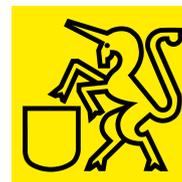


Die Hochrechnung der Zahlen des aktuellen Jahres 2021 zeigt folgendes:

- Die Laufende Rechnung lag im August etwa 0.4 Mio. über dem Voranschlag
- Die Investitionsrechnung liegt ca. 1-2 Mio. unter dem Voranschlag. Dies entspricht ca. 90-95% der budgetierten Investitionen
- Der Steuerertrag (Schätzung 13.12) ca. 4.8 Mio. plus gegenüber dem Budget bei den ordentlichen Steuern
- Die Grundsteuer liegen plus 5.3 Mio. gegenüber dem Budget
- Die Verschuldung des politischen Gutes (mit oder ohne ASZ Darlehen) bleibt Ende 2021 im Vermögensbereich
- Der Stadtrat hat beschlossen 2021 keine Massnahmen zu treffen.

Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU) führt folgende Schlussfolgerungen zum Voranschlag 2022 aus:

- Die Wachstumsprognose der Steuererträge 2022 werden etwas höher eingeschätzt wie 2021 im Budget wie im Vorjahresfinanzplan.
- Die Quellensteuer, ST17 und Covid19 haben bisher keinen negativen Effekt
- Die Grundsteuern werden auf 14 Mio. nochmals höher erwartet
- Der Aufwand aus der Laufenden Rechnung ist nach Budgetüberarbeitung mit rund 1.7 Mio. über der Finanzplanung (Basis). Vor allem die Primarschule löst grosse Kosten aus. (FIA "rettet uns" auf 7.7 Mio. Überschuss).
- Die Steuerreform 17 wurde nur minimal berücksichtigt. Dynamisch werden die potentiellen Einbussen bis 2023/25 auf 1 Steuer-% geschätzt.
- Die Investitionsrechnung wird ab 2022 wegen Einzelposten ansteigen bzw. hoch bleiben.
- ASZ wird im Finanzplan über 30 Mio. (75%) weiter als zu refinanzierendes Darlehen geführt, was noch nicht belegt ist. Neue Berechnungsmethode folgt mit Budget 2023.
- Das Basisszenario ist unter diesen Annahmen mit leicht reduzierten Risiken behaftet wie im Vorjahr
- Die Zielvorgaben des Stadtrates und die Budgetphase für den Voranschlag 2022 wirkten leicht aufwanddämpfend
- Die aktuelle Schuldenfreiheit ist temporär, aber die Investitionsrechnung 2022 kann wohl noch teilweise aus den Vorjahresresultaten finanziert werden.
- Dübendorf ist finanziell nach positiven Jahren immer noch gut aufgestellt – (seit Ende 2017 faktisch mit einem kleinen Vermögen) – ab 2023/24 dreht es mutmasslich in Schuld. Es kann so immer noch eine gewisse Neuverschuldung verkräften.
- Dank der guten "Schuldensituation" bleibt Dübendorf "investitionsfähig".
- Das Ende 2017 erwartete "Vermögen" liess auf den Voranschlag 18 hin eine Steuersenkung von 5% zu – mit einem temporären und einem bedingt nachhaltigen Teil.
- Von der beschlossenen 5%-Steuerfussenkung sind 3-4% dank besseren Erträgen und Grundsteuern noch ohne Resultate der Leistungsüberprüfung temporär im Sinne einer "Dividende" bis ca. 2024 (plus 2 Jahre gegenüber Vorjahr).
- Weitere 1-2% sind nur dann nachhaltig, wenn ein Teil des Baurechtzinses "Hoffnig" dauerhaft in diese Steuersenkung investiert wird. (Mit der Vorfinanzierung geht dies aber letztlich nicht auf)
- Die rund 1-2% der 5%igen Senkung des Steuerfusses 2018 und die Senkung von 2012 können nur beibehalten werden, wenn
  1. eine Refinanzierung des ASZ-Kredites zu rund 75% erfolgen kann und begleitende Folgekosten (EL/Pflegefinanzierung) im Rahmen bleiben
  2. die übrigen hohen Investitionen aus dem Nachholbedarf (u.a. Schulen, Tiefbau) priorisiert und zeitlich optimal gestaffelt werden können



3. zusätzliche und neue Projekte (wie z.B. Mehrzwecksaal, Hallenbad, Bushof) haben aktuell keinen Platz resp. müssten durch eine entsprechende Steuererhöhung finanziert werden.

Der Finanzvorstand zeigt die Ziele des Stadtrates im Finanzplan 2021-2025 auf und erklärt welche erreicht werden könnten und welche nicht:

1. Reduktion des Wachstums beim Nettoaufwand in der Laufenden Rechnung (bedingt möglich)
2. Selbstfinanzierung von möglichst 100% im 5-Jahresmittel (nicht möglich)
3. Die Verschuldung beträgt am Ende der Legislatur maximal Fr. 50 Mio. (möglich)
4. Es besteht keine Nettoschuld (möglich)
5. Erhaltung eines langfristig stabilen und attraktiven Steuerfusses (bis ca. 2024 bedingt möglich).

Der Finanzvorstand dankt der GRPK für den wertvollen Austausch und die kritischen, aber auch wertvollen Fragen und Korrekturen. Er geht kurz auf einzelne aufgeworfene Punkte ein:

- Hochbau: Gebührensituation ist ein Schwerpunkt in der Leistungsüberprüfung und Stadtrat ist gewillt Optimierungen auch in Punkto Ausschreibung zu machen.
- Verknüpfung Investitionsrechnung mit Finanzplan: Wir nehmen das Anliegen entgegen und es wird mit den Finanz- und Controllingdiensten abgeklärt, wie dies ermöglicht werden kann. Das Ziel des Stadtrates ist schliesslich auch Transparenz.

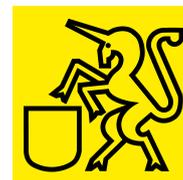
## Allgemeine Diskussion

### Patrick Walder (SVP/EDU)

„Wie der GRPK-Präsident bereits erläutert hat, sieht das Budget 2022 einen grossen Überschuss vor. Auch die Hochrechnung soll mit einem grossen Überschuss daherkommen. Diese Überschüsse stammen aber zu einem grossen Teil aus Zahlungen des Kantons. Einerseits aus dem Finanzausgleich und andererseits aus den Zahlungen für die Zusatzleistungen. All dieses Geld stammt aber nicht vom Kanton, sondern auch von uns Steuerzahlenden, einfach an eine andere Stelle bezahlt. Dieses Herumgeschiebe von Steuergeldern ist extrem stossend, verlieren die Steuerzahlenden doch komplett den Überblick wer wieviel Geld für was ausgibt. Da es sich wie erwähnt so oder so um Steuergeld handelt, ist es wichtig, dass den Steuerzahlenden für Ihre Grosszügigkeit gedankt wird und rosigere Zeiten in Aussicht gestellt werden. Mehr dazu werden Sie dann beim Antrag zur Senkung des Steuerfusses noch hören.

Mit besseren Rechnungsabschlüssen und Budgets ist die Gefahr immer gross, dass auch die Begehrlichkeiten steigen. Dies auf allen Ebenen, sowohl in der Verwaltung, dem Stadtrat aber vor allem auch dem Gemeinderat, welcher auch im letzten Jahr wieder grosszügig mit neuen Ausgaben, Aufgaben und Forderungen umgegangen ist.

Genau aus diesem Grund ist die Leistungsüberprüfung so wichtig, welche vom Parlament dem Stadtrat überwiesen wurde. Der Stadtrat soll aufzeigen, was für Aufgaben nicht nötig sind oder was ineffizient abläuft, sodass darüber entschieden werden kann, welche Aufgaben gestrichen oder neu organisiert werden können. Leider sehen wir im Budget 2022 noch nicht wirklich einen Effekt. Was wir aber sehen ist, dass der Stadtrat bei den Differenzenkommentaren die Leistungsüberprüfung vielmals ins Spiel gebracht hat. Aufgrund der Kommentare ist die Vermutung gegeben, dass viele Kosten in diesem Budget nicht ernsthaft überprüft wurden. Für das Budget 2022 lassen wir dies dem Stadtrat so durchgehen; ab dem Budget 2023 müssen dann aber Resultate ersichtlich sein. Erfreulich ist, dass sich der Stadtrat dem Projekt Leistungsüberprüfung effektiv angenommen hat. Hierzu gibt es zwei Stadtratsbeschlüsse vom 24.06.2021 und vom 26.08.2021. Wieso er diese als vertraulich deklariert, ist für mich schleierhaft, gefährdet er mit einer Publikation ja weder das Projekt noch verletzt er irgendwelche Persönlichkeitsrechte. Eines der grossen Sorgenkinder, welches man auch klar im Budget 2022 sehen kann, stellt der Hochbau dar. Das ungute Gefühl, dass in dieser Abteilung einiges



schiefläuft, wird mit dem Budget bekräftigt. Auch befürchten wir, dass wir neben anderen uns zugehörigen Mängeln Geld verlieren. Als Beispiel hierzu die Zahlen für das Budget 2022. Im Hochbau haben wir Gebühreneinnahmen von CHF 300'000 budgetiert. Davon gehen aber bereits CHF 138'000 für die Liftkontrollen ab. Somit hat der Hochbau für das Jahr 2022 Bau-Gebühren von CHF 162'000 budgetiert. Man muss kein Finanzexperte sein, man muss nur die Augen öffnen, was in Dübendorf aktuell und auch in den vergangenen Jahren bautechnisch abgelaufen ist, um sicher zu sein, dass hier etwas nicht stimmt. Noch ein Vergleich hierzu – für Geschwindigkeitsbussen haben wir rund CHF 1 Mio. budgetiert. Die Verkehrsteilnehmer zahlen somit das 6fache für Geschwindigkeitsübertretungen als alle Bauherren zusammen. Bitte erklären Sie das mal den Dübendorferinnen und Dübendorfer.

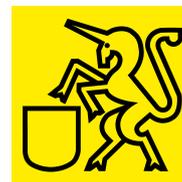
Der Stadtrat ist hier aufgefordert zu überprüfen, und nicht nur mittels Projekt Leistungsüberprüfung, ob hier wirklich kein Geld verloren geht und ob die aktuelle Verbuchung tatsächlich rechtsgültig erfolgt. Was ich herausstreichen möchte: Die Kritik äussern wir gegenüber dem Stadtrat und dem Ressortvorstand, nicht gegenüber der Abteilungsleitung. Anständige Politiker überlassen die Kritik an Verwaltungsangestellten der Exekutive und tragen solche Auseinandersetzungen nicht in die Öffentlichkeit. Abschliessend darf ich mitteilen, dass die SVP/EDU-Fraktion allen Anträgen der GRPK folgen wird. Wir werden, mit Ausnahme des Steuerfusses auch keine weiteren Anträge zum Budget 2022, vorbringen.“

### Thomas Maier (glp/GEU)

„Gerne sage ich auch noch ein paar Worte aus Sicht unserer Fraktion zum Budget 2022. Im Wesentlichen können wir uns den sehr guten Ausführungen unseres GRPK-Präsidenten anschliessen und ich muss daher nicht alles wiederholen, was du, Patrick, schon gesagt hast – danke. Ich möchte 2,3 Punkte, die uns sehr wichtig sind, noch einmal herausheben. Alles in allem sind wir sehr zufrieden mit der Qualität der Budgetierung, der Beantwortung der Fragen, der Zusammenarbeit mit dem Stadtrat, danke, und dem erwarteten Resultat fürs 2022.

Ein Bereich, der bei uns Anlass zu Fragen gab, betrifft die Bauabteilung. Dort sind, auch wir, definitiv nicht glücklich. Offenbar haben wir dort immer noch sehr viele, langjährig laufende Baugesuche oder "Altlasten", die in der Höhe der Aufwendungen, resp. den zu erwartenden möglichen Gebühreneinnahmen, zu einer ungenauen Budgetierung führen. An sich müssten, so vermuten wir, die Erträge dort höher ausfallen, da die Gebühren kostendeckend sein müssen. Wir wünschen uns von der Stadt in diesem Bereich auf 2023 mehr Genauigkeit und klarere Aussagen zur Situation.

Ebenfalls sind wir der Meinung, dass in Zukunft in der Bauabteilung viel mehr Leistungen selber erbracht werden können und sollen. Andere Bereiche haben gezeigt, dass mehr Eigenleistung unter dem Strich zu mehr Effizienz und tieferen Kosten führen kann. Die Kostenbetrachtung ist hier aber nur ein Aspekt. Wie wir alle wissen, stehen in Dübendorf in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wiederum grosse "städte"bauliche Veränderungen an, die unser Stadtbild sehr stark prägen werden. Stichworte hierzu sind, z.B. das Leepünt – Areal, Zentrumsplanung, neue Bau- und Zonenordnung, Innovationspark, etc etc.. Hierzu ist es aus unserer Sicht absolut zentral, dass wir in der Stadtverwaltung ausreichend und qualifizierte Kompetenzen haben, diese Prozesse im Sinne der Stadt Dübendorf zu gestalten und zu steuern. Uns ist bewusst, dass dies qualifiziertes Personal benötigt. Dazu gehören in der Phase der Planung die Stadtplanung, aber ganz zentral auch in der Phase der Beratung von Bauwilligen und dem Baubewilligungsverfahren die Bauabteilungen. Diese beiden Abteilungen müssen Hand in Hand zusammenarbeiten – die Stadtplanung erarbeitet die strategischen Grundlagen, die der Stadtrat oder das Parlament verabschieden, die Bauabteilung wendet diese im konkreten Fall – nebst den rechtlichen Vorgaben der Bau- und Zonenordnung an. Etwas vereinfacht gesagt: Wir wollen, dass wir steuern und nicht, dass wir z.B. von externen Büros und externen Dienstleistern gesteuert werden. Wir sind die Auftraggeber. Wir bestellen die notwendigen Leistungen. Externe dürfen und müssen für uns gerne zuarbeiten, die Fäden müssen aber klar bei der Stadt in der Hand gehalten werden. Dazu braucht die Stadt klare Haltungen und Strategien. Was – nur am Rande erwähnt - auch die entsprechende politische Bereitschaft braucht, solche erarbeiten zu lassen und dahinter zu



stehen. Aus unserer Sicht müssen beide Punkte auch Thema der laufenden Leistungsüberprüfung sein und diese muss auch abgeschlossen sein, bevor langjährige extern vergebene Aufträge im nächsten Jahr wieder ausgeschrieben werden.

Die GEU / glp Fraktion unterstützt im Übrigen praktisch alle Mehrheitsanträge der GRPK. Daher werde ich mich zu den einzelnen Anträgen nur äussern, wenn es nötig wäre. Einzig beim Pilotversuch mit der EMPA betreffend der Evaluation eines neuen Polizeiautos waren wir klar der Meinung, dass die Stadt Dübendorf als Standortgemeinde gut daran täte, sich hier aktiv im Sinne der Elektromobilität mit der EMPA zusammen zu tun. Diesen Streichungsantrag haben wir nicht wirklich verstanden. Zum Steuerfuss würden wir uns äussern, sofern es Thema wird.“

### André Csillaghy (SP)

„Die SP Fraktion freut sich auch dieses Jahr über ein unproblematisches Budget, das einen kleinen Überschuss prognostiziert. Wer kann sich nicht über schwarze Zahlen freuen? Da gibt es auch keinen Grund gegen eine Zustimmung. Finanziell ist die Stadt bestens verwaltet. Das Ziel ist erreicht: ja keine rote Zahl in der Rechnung. In diesem Sinn sind die auch die Anpassungen der GRPK eher anekdotisch, oder in der Kategorie Milchbüchli zu platzieren. Ob ein Traktor, ein Auto oder ein interessantes Experiment angenommen wird oder nicht, dahinter stehen eher persönliche Vorlieben als bahnbrechenden Entscheidungen. Fast wie wenn es um eine eigene Anschaffung gehen würde. Dennoch haben wir ein Problem: es ist ein Minimalbudget. Es erlaubt zwar die minimale Verwaltung der Stadt, verhindert jedoch jede Form von Gestaltung und Weiterentwicklung. Es widerspiegelt kaum die Realität von Dübendorf im Jahr 2022. Eine ganze Palette von zeitgemässen öffentlichen Infrastrukturen fehlt schlicht.

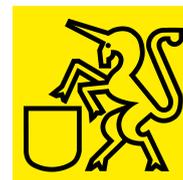
Das positive Budget wurde erreicht, weil nichts sogenannte «Extravagantes» geplant wurde. Zu extravagant gehört in Dübendorf: eine bezahlbare Kinderbetreuung, Beratungsangebote, ein Frauenhaus, Asylunterkünfte mit echten WCs, erschwinglicher Wohnraum für einkommensschwächere Bürgerinnen und Bürger, Seniorinnen und Senioren oder Investitionen in den Klimaschutz mit Projekten in Richtung CO2-neutrale Stadt. Oder eine Stadtplanung, die ein Augenmerk auf qualitativ hochwertige Bauten und deren Umgebungen legt und zwar sowohl bei der öffentlichen Infrastruktur als auch bei den privaten Bauten, eine Planung die den Nahverkehr fördert und Begegnungszonen kreiert. Auch den kulturellen Bedürfnissen einer durchmischten Bevölkerung, jung und alt, sollte Rechnung getragen werden.

Solange ich sehe, dass Eltern sich eine Tagesbetreuung nicht leisten können und damit Kinder vom Staat benachteiligt werden, bevor sie überhaupt wissen, was dieses Wort bedeutet, kann ich mich an einem positiven Saldo im Budget nicht wirklich freuen. Dieses Budget schickt ein falsches Signal an die Bevölkerung: es weckt den Eindruck, dass wir zu viel Geld haben, obwohl es einfach nicht wahr ist. Es blendet die Realität aus, dass diese Stadt Proaktivität zeigen müsste, um nachzuholen, was es für eine Stadt in dieser Grösse an Einrichtungen braucht.

Wollen die Leute wirklich in einer Billigstadt wohnen? Vielleicht war Dübendorf früher für diese Charakteristik bekannt. Es gibt aber Leute, die etwas anders erwarten als den billigsten Service Public, den es gibt. Eine konstruktive Haltung und eine Portion Ehrgeiz wäre angebracht – und zwar nicht nur beim Bau von Wohntürmen, sondern auch in sämtlichen anderen Bereichen: im Sozialen, im Kulturellen, bezüglich Bildungsangebote, Grünräume, der Förderung der Biodiversität, des Langsamverkehrs. Das wird mit einem solchen Budget nicht passieren.“

### Julian Croci (SP)

„Einmal mehr planen wir auch in Zukunft schwarze Zahlen zu schreiben. Das ist grossartig, die Kehrseite davon ist aber einmal mehr, dass sich in Dübendorf nichts bewegt. Wie Dagobert Duck sitzen wir in unserem Geldspeicher und veralten unser Vermögen. In den Änderungsanträgen der GRPK sieht man grosse Liebe zum Detail, was nicht schlecht ist. Dafür gebührt der Kommission auch grossen Dank. Während wir aber Rappen spalten, wenn es um Infotafeln und Einarbeitungszeiten geht, ver-



ändert sich die Welt und Dübendorf ausserhalb des Geldspeichers. Der Stadtrat als Gestalter täte gut daran, in seiner Politik endlich die Aufgaben der Zukunft anzugehen.

Die Klimakrise wird mit jedem Tag, den wir verstreichen lassen, unaufhaltsamer. In den nächsten Jahren bekommen wir vermutlich drei neue Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden, während wir wissen, dass dies auf wesentlich mehr Gebäuden möglich wäre. Es ist unerklärlich, dass im Budget nicht Gelder vorgesehen sind, um diese konkreten Umbauten als auch den grösseren Umbau hin zu Netto Null zu finanzieren. Der Umbau ist nötig und wird kommen müssen, die Frage ist nur, wie fest sich Dübendorf davon überraschen lässt. Im Moment rasen wir mit 200 Sachen auf die Wand zu ohne zu bremsen.

Insektensterben und Biodiversitätsverlust sind auch keine neuen Themen mehr und sollten dem Stadtrat bekannt sein. Auch zu diesem Thema wurde der Gemeinderat bereits aktiv. Das Thema brennt. Trotzdem verweigert sich der Stadtrat auch bei diesem Thema und möchte keine Lösungen erarbeiten und sich überlegen, ob nicht endlich Investitionen nötig wären.

Unabhängig von grossen Krisen verändert sich Dübendorf auch im Kleinen. Hochhäuser und eine stetig wachsende Bevölkerung benötigen Infrastruktur. Diese sollte geplant werden und die Investitionen vorgenommen werden. Passiert dies nicht, sind wir auch in Zukunft auf eine erfreuliche Folge von Zufällen angewiesen wie glücklicherweise geschehen beim Three-Point Schulhochhaus. Sich darauf zu verlassen ist aber nicht nachhaltig und eine wesentlich grössere Hypothek für die zukünftige Bevölkerung als die Investitionen und Planung heute zu tätigen.

Schlussendlich wird die Grüne Fraktion dem Budget zustimmen und sogar ein paar der Änderungen, welche die GRPK vorschlägt, annehmen. Das Budget ist nicht schlecht, es ist einfach nicht zukunftsgerichtet. Kein Budget zu haben wäre die schlechtere Alternative. In Zukunft erwarten wir aber, dass der Stadtrat seine Verantwortung wahrnimmt und Dübendorf für die Zukunft rüstet, auch im Budget.“

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat. Das Eintreten ist somit beschlossen.

---

## Detailberatung

### 1a) Erfolgsrechnung

#### Kapitel 1 Präsidium

Die GRPK hat in diesem Bereich vier Änderungsanträge gestellt.

#### 1. ANTRAG

*Konto 1000.300000 (Legislative) Entschädigungen, Tag- und Sitzungsgelder an Behörden und Kommissionen*

Antrag Stadtrat	Fr.	219'800.00		
Antrag GRPK	Fr.	209'160.00	(Abweichung: - Fr. 10'640	S)

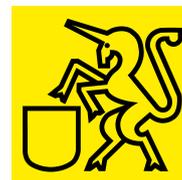
#### GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

„Dieser Änderungsantrag kommt aufgrund der revidierten Gemeindeordnung und der darin enthaltenen Anpassung des Einbürgerungsprozesses zustande. Durch den Wegfall der BRK werden weniger Entschädigungen und Sitzungsgelder beim Gemeinderat anfallen.

Die GRPK beantragt einstimmig die Reduktion auf diesem Konto um Fr. 10'640.“

#### Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine



Stellungnahme Stadtrat / Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

„Ich nehme die nächsten vier Konten zusammen. Dies sind alles Anliegen, welche die Einbürgerung betreffen. Der Stadtrat schliesst sich diesem sowie den nächsten drei Anträgen der GRPK an. Ich bestätige das somit hiermit bei diesem Antrag und bei den folgenden nicht mehr.“

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	36 Stimmen
Ablehnung des Antrages der GRPK	0 Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 36 zu 0 Stimmen angenommen.**

---

## 2. ANTRAG

Konto 1000.310200 (Legislative) Drucksachen, Publikationen

Antrag Stadtrat	Fr. 31'600.00		
Antrag GRPK	Fr. 29'100.00	(Abweichung: - Fr. 2'500.00	S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

„Auch dieser Änderungsantrag kommt aufgrund der Anpassung des Einbürgerungsprozesses zustande. Durch die Änderung der Zuständigkeit, verschieben sich die Kosten der Publikation vom Gemeinderat zum Stadtrat.

Die GRPK beantragt einstimmig die Reduktion auf diesem Konto um Fr. 2'500. Dem gegenüber steht ein Antrag auf Budgeterhöhung bei einem anderen Konto.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Stadtrat

Keine

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	36 Stimmen
Ablehnung des Antrages der GRPK	0 Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 36 zu 0 Stimmen angenommen.**

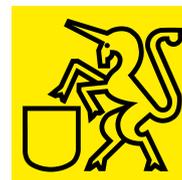
---

## 3. ANTRAG

Konto 1011.310200 (Einbürgerungen) Drucksachen, Publikationen

Antrag Stadtrat	Fr. 4'500.00		
Antrag GRPK	Fr. 7'000.00	(Abweichung: + Fr. 2'500.00	S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)



„Dies ist der erwähnte Gegenposten zum letzten Antrag bez. Verschiebung der Kosten für die Publikation der Einbürgerungen vom Gemeinderat zum Stadtrat.

Die GRPK beantragt einstimmig die Erhöhung auf diesem Konto um Fr. 2'500.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Stadtrat

Keine

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK

36 Stimmen

Ablehnung des Antrages der GRPK

0 Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 36 zu 0 Stimmen angenommen.**

---

#### 4. ANTRAG

*Konto 011.421000 (Einbürgerungen) Gebühren für Amtshandlungen*

Antrag Stadtrat Fr. 137'000.00

Antrag GRPK Fr. 107'000.00 (Abweichung: - Fr. 30'000.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

„Und noch ein letzter Antrag im Zusammenhang mit der Änderung der Einbürgerungskompetenzen. Die kommunale Gebühr für die Gesuchsteller im ordentlichen Verfahren ohne Aufnahmepflicht wird auf Januar 2022 gesenkt. Gemäss Bürgerrechtsgesetz (BüG) Art. 35 Abs. 2 dürfen Gebühren höchstens kostendeckend sein. Aufgrund dessen ist mit Mindereinnahmen von rund Fr. 30'000 zu rechnen. Die GRPK beantragt einstimmig die Reduktion auf diesem Konto um diesen Betrag.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Stadtrat

Keine

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK

36 Stimmen

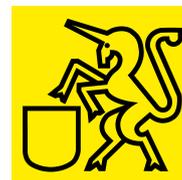
Ablehnung des Antrages der GRPK

0 Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 36 zu 0 Stimmen angenommen.**

Es werden keine weiteren Anträge zu Kapitel 1 Präsidium eingebracht. Es gilt somit als genehmigt.

---



## Kapitel 2 Finanzen

Von der GRPK liegt zum Bereich Finanzen kein Änderungsantrag vor.

Es werden keine Anträge zu Kapitel 2 Finanzen eingebracht. Es gilt somit als genehmigt.

---

## Kapitel 3 Hochbau

Die GRPK hat in diesem Bereich einen Änderungsantrag gestellt.

### 1. ANTRAG

*Konto 3010.313099 (Bauwesen inkl. allgemeine Dienstleistungen Stadttingenieur) Dienstleistungen  
Dritter diverse*

Antrag Stadtrat Fr. 85'000.00

Antrag GRPK Fr. 50'000.00 (Abweichung: - Fr. 35'000.00 S)

#### GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

„Hier geht es um die Kürzung für die externe Begleitung der Submission für den auslaufenden Vertrag Stadttingenieur. Die GRPK ist der Meinung, dass die Abteilungsleitung die Kompetenz haben sollte, zumindest einen Teil dieser Leistungen selbst abdecken zu können. Zudem geht es gemäss Stadtrat nicht nur um die rechtliche Begleitung, sondern auch um strategische Themen.

Der Betrag von Fr. 85'000 wird insgesamt als zu hoch betrachtet. Auch mit Fr. 50'000 kann das Submissionsverfahren ordentlich durchgeführt und durch einen Fachexperten begleitet werden. Sollte dennoch ein höherer Betrag nötig sein, muss der Stadtrat diesen in der Jahresrechnung begründen können.

Die GRPK beantragt einstimmig die Reduktion auf diesem Konto um Fr. 35'000.“

#### Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

#### Stellungnahme Stadtrat / Finanzvorstand Martin Bäumle (gjp/GEU)

„Der Stadtrat hält an seinem Antrag fest. Ich denke, es geht um Budgetkosmetik. Das Ressort Hochbau war heute von vielen Seiten Thema. Der Stadtrat hat lediglich eine Grobofferte vorliegend. Wenn die Submission gekürzt wird, heisst es nicht, dass diese nicht gleich seriös durchgeführt wird. Sollten die Fr. 50'000 nicht ausreichen, wird der Stadtrat beim Parlament in der Rechnung die Abweichung begründen. Wir werden das brauchen, was es für eine saubere Submission braucht.“

#### Allgemeine Diskussion

Keine

#### Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK

32 Stimmen

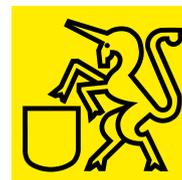
Ablehnung des Antrages der GRPK

2 Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 32 zu 2 Stimmen angenommen.**

Es werden keine weiteren Anträge zu Kapitel 3 Hochbau eingebracht. Es gilt somit als genehmigt.

---



## Kapitel 4 Tiefbau

Von der GRPK liegt zum Bereich Tiefbau kein Änderungsantrag vor.

Es werden keine Anträge zu Kapitel 4 Tiefbau eingebracht. Es gilt somit als genehmigt.

---

## Kapitel 5 Sicherheit

Die GRPK hat in diesem Bereich zwei Änderungsanträge gestellt.

### 1. ANTRAG

*Konto 5000.311100 (Abteilung Sicherheit) Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge*

Antrag Stadtrat Fr. 48'000.00

Antrag GRPK Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 48'000.00 S)

#### GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

„Dieser Antrag steht im Zusammenhang mit der geplanten Anschaffung einer digitalen Infotafel. Für die GRPK ist der Nutzen dafür nicht ersichtlich. Die Folgekosten sind hoch und es handelt sich um kein zwingend notwendiges Projekt. Elektronische Publikationen laufen über die Webseite und App und nicht über eine Infotafel. Die Wertsteigerung des Angebotes durch diese Anschaffung ist nicht gegeben. Der Glattaler als "neues" Publikationsorgan wird neu über eine eigene Homepage verfügen. Dies ist ein zusätzlicher Kanal, welcher der Bevölkerung kostenlos digital zur Verfügung steht. Deshalb benötigt es aus Sicht der GRPK diese Infotafel nicht. Zudem ist gemäss Auskunft des Stadtrates die Akzeptanz eines solchen Angebotes in der Bevölkerung völlig unklar. Die GRPK beantragt einstimmig die Streichung der Fr. 48'000 auf diesem Konto.“

#### Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

#### Stellungnahme Stadtrat / Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

„Auch hier hält der Stadtrat an seinem Antrag fest. Er ist der Meinung, dass eine digitale Informationsstehle ein Zukunftsschritt ist, welcher für eine Stadt wie Dübendorf angemessen ist. Damit auch entsprechende Anpassungen schnell und digital vom Büro aus gemacht werden können. Es ist ein Zeichen, dass Dübendorf sich weiterentwickelt.“

#### Allgemeine Diskussion

Keine

#### Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK

32 Stimmen

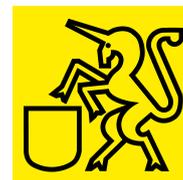
Ablehnung des Antrages der GRPK

4 Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 32 zu 4 Stimmen angenommen.**

### 2. ANTRAG

*Konto 5200.313200 (Stadtpolizei) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw*



Antrag Stadtrat Fr. 26'000.00  
Antrag GRPK Fr. 6'000.00 (Abweichung: - Fr. 20'000.00 S)

### GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

„Hier geht es um ein Pilotprojekt der Stadtpolizei zusammen mit der Empa, um die Evaluation neuer Dienstfahrzeuge künftig Co2 neutral zu gestalten. Bei den neuen Fahrzeugen soll es sich um elektrisch betriebene Fahrzeuge handeln. Die Mehrheit der GRPK ist der Meinung, dass die Stadt diesbezüglich kein Pilotprojekt umsetzen und sich stattdessen auf die bisher gemachten Erfahrungen z.B. der Kapo abstützen soll. Zudem ist die Zusammenarbeit mit der Empa in diesem Bereich nicht nachvollziehbar.

Die GRPK Mehrheit beantragt die Streichung dieses Projektes und somit die Reduktion von Fr. 20'000 auf diesem Konto.“

### Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

### Stellungnahme Stadtrat / Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

„Der Stadtrat hält an seinem Antrag fest. Bei einer Stadt wie Dübendorf, welche sich als Energiestadt bezeichnet, macht es Sinn, bei den Polizeifahrzeugen eine Evaluation zu machen und zu prüfen, ob die Umstellung auf Elektrofahrzeuge in Bezug auf die Nachhaltigkeit Sinn macht. Auch die Kostensituation kann somit überprüft werden. Hierfür mit Fahrzeugkäufen einzusteigen wäre der falsche Ansatz. Deshalb möchte der Stadtrat in einem Pilotversuch verschiedene Fahrzeuge testen und einander gegenüberstellen. Dabei wollen wir uns nicht an eine Kantonspolizei anlehnen, welche relativ teure Fahrzeuge kauft. Die Zusammenarbeit mit der Empa wird an einem kleinen Ort stattfinden, weil der Wasserstoffanteil zu einem heutigen Zeitpunkt noch nicht sehr relevant ist. Es wird sich primär um Elektrofahrzeuge handeln, wo der Markt langsam aufblüht. Der Stadtrat möchte ein Zeichen setzen und diesen Schritt gehen. Für die definitive Beschaffung würde so oder so das Parlament involviert. Dazu muss aber zuerst ein Pilot gestartet werden und hierfür sind die Fr. 20'000 eine kleine Investition.“

### Allgemeine Diskussion

Keine

### Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	15 Stimmen
Ablehnung des Antrages der GRPK	18 Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 18 zu 15 Stimmen abgelehnt.**

Es werden keine weiteren Anträge zu Kapitel 5 Sicherheit eingebracht. Es gilt somit als genehmigt.

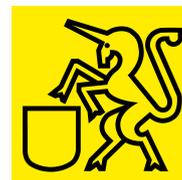
---

## **Kapitel 6 Soziales**

Die GRPK hat in diesem Bereich vier Änderungsanträge gestellt.

### 1. ANTRAG

*Konto 6101.363600 (Drogenprävention, Alkohol- und Suchtberatung) Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck*



Antrag Stadtrat Fr. 0.00  
Antrag GRPK Fr. 65'000.00 (Abweichung: + Fr. 65'000.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

„Bei diesem Antrag geht es um die Beiträge an den Verein für Prävention und Drogenfragen Zürcher Oberland (Suchtpräventionsstelle). Dieses Geschäft wurde gerade eben vom Gemeinderat behandelt. Die Kosten dafür sind bis jetzt nicht im Budget enthalten.

Die GRPK beantragt einstimmig die Aufnahme dieses Kontos ins Budget 2022.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Stadtrat / Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

Der Stadtrat schliesst sich an.

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	36 Stimmen
Ablehnung des Antrages der GRPK	0 Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 36 zu 0 Stimmen angenommen.**

---

## 2. ANTRAG

Konto 6620.463100 (Ergänzungsleistungen IV) Beiträge von Kantonen und Konkordaten (Staatsbeiträge)

Antrag Stadtrat Fr. 3'682'100.00  
Antrag GRPK Fr. 3'817'100.00 (Abweichung: + Fr. 135'000.00 H)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

„Die Beiträge vom Kanton an die Gemeinden bez. Ergänzungsleistungen bei IV, AHV und Beihilfen werden neu geregelt. Gemäss einer schriftlichen Auskunft des Regierungsrates gegenüber dem Kantonsrat wird die Stadt Dübendorf in diesem Bereich insgesamt 4,1 Mio. Franken zusätzlich vom Kanton erhalten. Der Stadtrat hat eine eigene Berechnung angestellt und kommt auf tiefere Werte. Die GRPK beantragt, dass die Berechnung des Kantons berücksichtigt werden soll, da diese von der auszahlenden Stelle gemacht wurden.

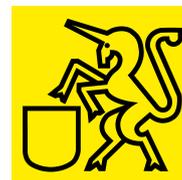
Die GRPK beantragt einstimmig die zu erwartenden Mehrerträge im Verhältnis der restlichen Budgetwerte auf IV, AHV und Beihilfen zu verteilen und somit das Budget auf diesem Konto um Fr. 135'000 zu erhöhen.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Stadtrat / Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

„Ich fasse auch hier diesen und die zwei kommenden Anträge zusammen. Der Stadtrat schliesst sich hier der GRPK an. Wir haben es anders gerechnet. Wenn der Gemeinderat aber der Meinung ist, dass wir mehr Geld erhalten, hoffen wir, dass es auch wirklich so kommt. Der Stadtrat schliesst sich allen drei Anträgen an.“



## Allgemeine Diskussion

Keine

## Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	36 Stimmen
Ablehnung des Antrages der GRPK	0 Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 36 zu 0 Stimmen angenommen.**

---

## 3. ANTRAG

*Konto 6621.463100 (Ergänzungsleistungen AHV) Beiträge von Kantonen und Konkordaten (Staatsbeiträge)*

Antrag Stadtrat	Fr.	7'993'900.00		
Antrag GRPK	Fr.	8'288'900.00	(Abweichung: + Fr.	295'000.00 S)

## GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte /EVP)

„Hier handelt es sich um den Anteil bez. Kantonsbeiträge der AHV Ergänzungsleistungen wie im letzten Antrag ausgeführt.

Die GRPK beantragt einstimmig das Budget auf diesem Konto um Fr. 295'000 zu erhöhen.“

## Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

## Stellungnahme Stadtrat

Keine

## Allgemeine Diskussion

Keine

## Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	36 Stimmen
Ablehnung des Antrages der GRPK	0 Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 36 zu 0 Stimmen angenommen.**

---

## 4. ANTRAG

*Konto 6622.463100 (Beihilfen/Zuschüsse) Beiträge von Kantonen und Konkordaten (Staatsbeiträge)*

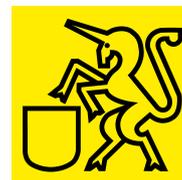
Antrag Stadtrat	Fr.	528'500.00		
Antrag GRPK	Fr.	548'500.00	(Abweichung: + Fr.	20'000.00 S)

## GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

„Hier handelt es sich um den Anteil bez. Kantonsbeiträge zu Beihilfen und Zuschüssen wie in den letzten beiden Anträgen ausgeführt.

Die GRPK beantragt einstimmig das Budget auf diesem Konto um Fr. 20'000 zu erhöhen.“

## Stellungnahme Mitglieder GRPK



Keine

### Stellungnahme Stadtrat

Keine

### Allgemeine Diskussion

Keine

### Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK

36 Stimmen

Ablehnung des Antrages der GRPK

0 Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 36 zu 0 Stimmen angenommen.**

Es werden keine weiteren Anträge zu Kapitel 6 Soziales eingebracht. Es gilt somit als genehmigt.

---

## **Kapitel 7 Bildung**

Die GRPK hat in diesem Bereich fünf Änderungsanträge gestellt.

### 1. ANTRAG

*Konto 7000.301000 (Primarschulverwaltung) Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals*

Antrag Stadtrat Fr. 1'093'700.00

Antrag GRPK Fr. 1'123'700.00 (Abweichung: + Fr. 30'000.00 S)

### GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

„Die GRPK beantragt in Absprache mit dem Stadtrat auf diesem Konto die Kosten für die Projektunterstützung der Leitung Bildung zu integrieren. Dies kommt zustande, da die Primarschulpflege auf die Schaffung einer Stelle Bildungsinnovation verzichtet hat, was an anderer Stelle zu Kosteneinsparungen führt.

Die GRPK beantragt einstimmig das Budget auf diesem Konto um Fr. 30'000 zu erhöhen.“

### Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

### Stellungnahme Stadtrat

„Der Stadtrat wird die folgenden Anträge zur Bildung alle annehmen. Wie bereits erwähnt wird hier eine Kürzung von Fr. 80'000.- auf dem Konto 7200.302000 vorgenommen. Das ist die erwähnte Verschiebung. Beim nächsten Antrag geht es um eine Zurückstellung eines Tools. Das städtische Tool wird zuerst angeschaut, bevor in den Schulen etwas Eigenes beschafft wird. Wenn es funktioniert wird es übernommen. Auch dort akzeptieren wir den Antrag der GRPK. Auch bei der Kürzung um Miete und Pacht, dort geht es um den Kindergarten Three Point. Die Kürzung erfolgt, weil man diesen erst im April beziehen kann. Ebenso die letzte Änderung, bei den Löhnen, wo es um die Nachfolgeregelung der Sonderpädagogischen Schule geht.“

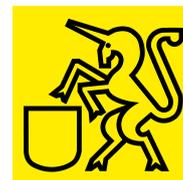
### Allgemeine Diskussion

Keine

### Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK

36 Stimmen



Ablehnung des Antrages der GRPK 0 Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 36 zu 0 Stimmen angenommen.**

---

## 2. ANTRAG

*Konto 7000.311800 (Primarschulverwaltung) Anschaffung immaterielle Anlagen*

Antrag Stadtrat Fr. 27'500.00

Antrag GRPK Fr. 7'000.00 (Abweichung: - Fr. 20'500.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

„Hier geht es um die Anschaffung eines Zeugnistools. Gemäss Auskunft des Stadtrates wird die Anschaffung dieses Tools für Arbeitszeugnisse bei der Schulverwaltung zurückgestellt und noch nicht erfolgen. Zudem werden mögliche Synergien mit der restlichen Stadtverwaltung abgeklärt. Die GRPK beantragt einstimmig das Budget auf diesem Konto um Fr. 20'500 zu reduzieren.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Stadtrat

Keine

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK

36 Stimmen

Ablehnung des Antrages der GRPK

0 Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 36 zu 0 Stimmen angenommen.**

---

## 3. ANTRAG

*Konto 7100.316000 (Schulliegenschaften und -anlagen) Miete und Pacht Liegenschaften*

Antrag Stadtrat Fr. 188'900.00

Antrag GRPK Fr. 123'500.00 (Abweichung: - Fr. 65'400.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

„Die GRPK beantragt einstimmig die Reduktion der Mietnebenkosten für den Kindergarten Stettbach Mitte. Diese wurden irrtümlich doppelt budgetiert und können gemäss Antworten Stadtrat um den Wert von Fr. 65'400 gekürzt werden.“

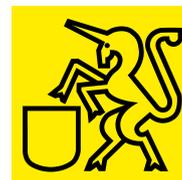
Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Stadtrat

Keine

Allgemeine Diskussion



Keine

## Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	36 Stimmen
Ablehnung des Antrages der GRPK	0 Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 36 zu 0 Stimmen angenommen.**

---

## 4. ANTRAG

### *Konto 7200.302000 (Schulbetrieb) Löhne der Lehrpersonen*

Antrag Stadtrat	Fr.	704'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	624'000.00	(Abweichung: - Fr.	80'000.00 S)

### GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

„Wie in einem der letzten Anträge ausgeführt, hat die Primarschulpflege auf die Schaffung der Stelle Bildungsinnovation verzichtet. Daher kann dieses Konto um Fr. 80'000 reduziert werden. Im Gegenzug hatte die GRPK die Erhöhung der Kosten für die Projektunterstützung Leitung Bildung beantragt. Die GRPK beantragt einstimmig das Budget auf diesem Konto um Fr. 80'000 zu reduzieren.“

### Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

### Stellungnahme Stadtrat

Keine

### Allgemeine Diskussion

Keine

## Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	36 Stimmen
Ablehnung des Antrages der GRPK	0 Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 36 zu 0 Stimmen angenommen.**

---

## 5. ANTRAG

### *Konto 7200.302071 (Schulbetrieb) Löhne diverse*

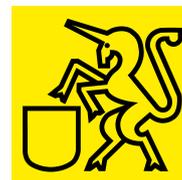
Antrag Stadtrat	Fr.	252'600.00		
Antrag GRPK	Fr.	202'600.00	(Abweichung: - Fr.	50'000.00 S)

### GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

„In diesem Konto sind unter anderem die Kosten für die 6-Monate Einarbeitung einer neuen Person im Bereich Sonderschulungen enthalten. Nach Auskunft des Stadtrates fällt die aktuelle Einarbeitungszeit nun kürzer aus, weshalb die Kosten auf diesem Konto um Fr. 50'000 reduziert werden können.“

Die GRPK beantragt diese Reduktion um Fr. 50'000 einstimmig.“

### Stellungnahme Mitglieder GRPK



Keine

Stellungnahme Stadtrat

Keine

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	36 Stimmen
Ablehnung des Antrages der GRPK	0 Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 36 zu 0 Stimmen angenommen.**

Es werden keine Anträge zu Kapitel 7 Bildung eingebracht. Es gilt somit als genehmigt.

---

Zwischenabstimmung über die bereinigte Erfolgsrechnung

Zustimmung zur bereinigten Erfolgsrechnung:	36 Stimmen
Ablehnung der bereinigten Erfolgsrechnung:	0 Stimmen

**Der Erfolgsrechnung inkl. den beschlossenen Änderungen wird mit 36 zu 0 Stimmen zugestimmt.**

---

**1b) Investitionsrechnung**

Die GRPK hat zur Investitionsrechnung zwei Änderungsanträge gestellt.

1. ANTRAG

*Konto 4600.506000.IR00360 (Unterhaltungsdienste; Mobilien) Fahrzeuge für den Unterhalt, Ersatz (Sammelkonto) Ausführung 2022*

Antrag Stadtrat	Fr.	75'000.00	
Antrag GRPK	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr. 75'000.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

„Es handelt sich um die Ersatzbeschaffung eines Toyota Hilux Lieferwagens für den Unterhaltungsdienst mit Jahrgang 2010 und einem Kilometerstand rund 136'000 km. Der Wechselintervall der Fahrzeuge steht bei der GRPK seit Jahren in der Kritik. Die Mehrheit der GRPK beantragt, dieses Fahrzeug beim Tiefbau aus dem Budget zu streichen, da die Anzahl Kilometer noch nicht sehr hoch ist.

Zudem hat die GRPK schon in der Vergangenheit vom Stadtrat gefordert, dass Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen besser begründet sein müssen.

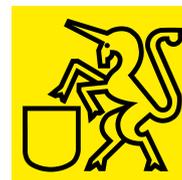
Die GRPK Mehrheit beantragt die Streichung dieser Position von Fr. 75'000 auf Null.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Stadtrat / Finanzvorstand Martin Bäumle (gjp/GEU)

„Auch dies ist nicht das letzte Mal, wo wir im Gemeinderat über Fahrzeuge diskutieren werden. Der Stadtrat hat aufgrund Diskussionen im Parlament Zyklusverlängerungen, unter anderem im Tiefbau



aber auch in der Sicherheit vorgenommen. Dieses Fahrzeug wurde auch diskutiert. Wenn der Gemeinderat das kürzt, wird der Tiefbau weiter mit diesem Fahrzeug fahren. Das Ausfallrisiko und die Kosten nehmen zu. Sollte das Fahrzeug dann ausfallen, wird es auf stadträtliche Kompetenz beschafft werden. Der Tiefbau versucht hier vorausschauend eine Ablösungsplanung zu machen. Wenn das Parlament dies anders sieht, wird der Stadtrat das so entgegennehmen. Der Stadtrat hält an seinem Antrag fest."

### Allgemeine Diskussion

Keine

### Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK

24 Stimmen

Ablehnung des Antrages der GRPK

7 Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 24 zu 7 Stimmen angenommen.**

---

## 2. ANTRAG

*Konto 4600.506000.IR00365 (Unterhaltungsdienste; Mobilien) Fahrzeuge/Geräte Gärtnerei, Ersatz (Sammelkonto) Ausführung 2022*

Antrag Stadtrat Fr. 90'000.00

Antrag GRPK Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 90'000.00 S)

### GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

„Es handelt sich um die Ersatzbeschaffung eines John Deere Traktors für die Gärtnerei mit Jahrgang 2006 und rund 3'816 Betriebsstunden. Hier ist die Argumentation der GRPK Mehrheit die gleiche wie beim letzten Fahrzeug. Nach ihrer Meinung sind 3'800 Betriebsstunden für einen Traktor nicht viel und rechtfertigen den Ersatz noch nicht.

Zu erwähnen gilt, dass dieses Fahrzeug schon vor einem Jahr Gegenstand einer Budgetreduktion war und sich die Ausgangslage für GRPK seit dann nicht geändert hat.

Die GRPK Mehrheit beantragt die Streichung dieser Position von Fr. 90'000 auf Null."

### Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

### Stellungnahme Stadtrat / Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

„Das Fahrzeug war bereits vor einem Jahr Thema. Ich glaube damals habe ich gesagt, dass man es gut fetten soll. Ich nehme an, im Tiefbau hat man diesem Fahrzeug gut geschaut und es hat das Jahr gut überstanden. Ich gehe davon aus, der Gemeinderat wird wieder kein Gehör haben für den Stadtrat. Das Fahrzeug wird so lange laufen, wie es läuft. Es sind sicherlich keine Risikoposten. Aber man muss aufpassen, wenn man keine Fahrzeuge ersetzt, kann es zu einem Problem kommen. Wenn dann etwas nicht mehr funktioniert gibt es Reklamationen. Das muss sich das Parlament bewusst sein. Eine Streichung heisst, es wird nicht vorsorglich beschafft, sondern dann ersetzt, wenn es auseinanderfällt. Der Stadtrat hält an seinem Antrag fest."

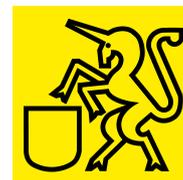
### Allgemeine Diskussion

Keine

### Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK

25 Stimmen



Ablehnung des Antrages der GRPK

6 Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 25 zu 6 Stimmen angenommen.**

---

Es gibt keine weiteren Anträge zur Investitionsrechnung.

Zwischenabstimmung über die Investitionsrechnung

Zustimmung zur Investitionsrechnung: 35 Stimmen

Ablehnung der Investitionsrechnung: 0 Stimmen

Der Investitionsrechnung wird mit 35 zu 0 Stimmen zugestimmt.

---

## 2) Steuern

GRPK-Präsident Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

„Der Stadtrat beantragt einen unveränderten Steuerfuss von 81 %. Wir haben in den vorherigen Ausführungen gesehen, dass auch das Budget 2022 wieder sehr stark vom Ressourcenausgleich geprägt ist. Der Steuerfuss wurde vor einigen Jahren gesenkt und wir können von Glück reden, dass die Stadt finanziell trotz Corona immer noch sehr gut dasteht.

Der Stadtrat weist zudem schon länger daraufhin, dass der Steuerfuss bei gleichbleibendem Aufwandwachstum und Investitionsvolumen und ohne erneute substanzielle Zusatz-Erträge in Bälde wieder ansteigen könnte. Die mögliche kommende Steuererhöhung darf aber nicht von den notwendigen Investitionen ablenken.

Dank den aktuellen Ertragsüberschüssen geht die GRPK Mehrheit aber eher davon aus, dass das heutige Niveau länger als ursprünglich gedacht gehalten werden kann. Daher beantragt die GRPK trotz der guten Finanzlage keine Reduktion des Steuerfusses.

Die Mehrheit der GRPK spricht sich für die vom Stadtrat beantragte Beibehaltung des Steuerfusses bei 81 % aus.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

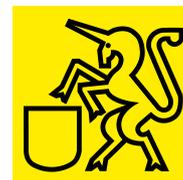
Stellungnahme Stadtrat

Keine

Allgemeine Diskussion

Lukas Schanz (SVP/EDU)

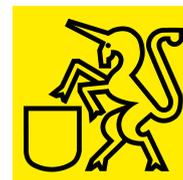
„Der Stadtrat schlägt uns bei einem Ertragsüberschuss von mehr als 5.3 Millionen Franken, welcher nach den Anträgen sogar noch höher ausfallen wird, einen gleichbleibenden Steuerfuss vor. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, weshalb der Steuerfuss nicht gesenkt wird, wenn wir doch 4 Mio. Franken zusätzliches Geld im Zusammenhang mit den Ergänzungsleistungen des Kantons bekommen. Das wurde bereits im Postulat «Entlastung der Steuerzahler durch die neuen kantonalen Zuschüsse» welches wir gemeinsam mit der FDP einreichten, thematisiert. Es ist ein Ausdruck von fahrlässiger Finanzpolitik, wenn Mittel, welche wir zusätzlich erhalten, nicht zum zugeführten Zweck verwendet werden. Nämlich für die Entlastung des Steuerzahlers. Auch die Glp hat bei der Debatte zur Umverteilung von den Kantonsgeldern gemeint, dass Geld solle an die Steuerzahler zurück gehen. Wenn wir den Steuerfuss jetzt nicht senken, dann werden die zusätzlichen Einnahmen schon ziemlich bald nicht mehr zu einem Ertragsüberschuss in unserem Budget führen, sondern es werden Begehrlich-



keiten geweckt und das Geld wird mit beiden Händen aus dem Fenster geworfen. Das kennen wir bereits von der ZKB Sonderdividende. Vor 5 Jahren in der Budgetdebatte zum Budget 2017 habe ich als junger Gemeinderat eine Reduktion des Steuersatzes von 10% gefordert. Es wurde damals vom Finanzvorstand vorausgesagt, dass mit dieser Forderung Leistungen und Personal abgebaut werden müsste. Ja, er hat es sogar ins Lächerliche gezogen. Ein Jahr später kam der Stadtrat mit einer Reduktion von 5%. Seit dem Budget 2017 haben wir einen Ertragsüberschuss von 21.7 Mio. Franken gehabt und der Stadtrat ist mit seinem Budget gegenüber der Rechnung um sage und schreibe 38.7 Mio. Franken danebengelegt. Eine Steuerfussreduktion von 10% wäre problemlos möglich gewesen und wir hätten trotzdem in diesen Jahren noch ein Plus von rund 4 Mio. Franken gemacht. Der Stadtrat hat mit seiner Schwarzmalerei nicht Recht behalten. Übrigens habe ich die Zahlen bis in Jahr 2012 zurück analysiert. Seit dort sind wir 64 Mio. neben dem Budget gewesen. Meine älteren Fraktionskollegen haben gemeint, wenn man noch weiter zurückgeht, müsste es ein 9-stelliger Betrag sein. Vielleicht hat der junge Gemeinderat im Jahr 2016 doch nicht so unrecht gehabt, gut möglich, dass es auch heute wieder so ist. Die Reduktion von 3% entspricht 2.16 Mio. Franken. Das ist nicht einmal der gesamte Betrag, welchen wir neu vom Kanton erhalten für die Ergänzungsleistungen oder der budgetierte Überschuss. Es macht absolut keinen Sinn nun Gewinn anzuhäufen. Auf diesen zahlen wir nämlich negative Zinsen. Auch die Argumentation, dass bei einer allfälligen Steuerfussreduktion die Investitionen nicht getätigt werden können, funktioniert nicht. Das ein Hallenbad oder das Stägenbuck nicht in den nächsten Jahren gebaut wird, ist wohl jedem hier drin klar. Die Investition, welche im 2022 getätigt werden, sind nicht gefährdet, weil die Abschreibungen bereits im Budget 2022 enthalten sind. Das ist reine Angstmacherei, welche betrieben wird. Wenn dann die grossen Projekte kommen, kann man wieder über eine Erhöhung diskutieren. Aber hier haben wohl einige Politiker Angst, weil eine Erhöhung nicht gerne erklärt wird. Es ist einfacher, den Steuerfuss künstlich hoch zu behalten. Der Stadtrat führt im Moment eine Leistungsüberprüfung durch. Es ist also anzunehmen, dass sofern die Überprüfung seriös gemacht wird, künftig weniger Ausgaben folgen werden. Was sich positiv auf das Ergebnis der Stadt auswirken wird. An die Kollegen von der FDP möchte ich auch noch ein paar Worte richten. So wie ich es im Vorfeld gehört habe, stimmt ihr heute der Reduktion nicht zu. Ich möchte euch noch einmal an das Postulat erinnern, bei welchem euer Parteipräsident Erstunterzeichner war und auch an euer Leitbild, das klar sagt, dass ihr euch für möglichst tiefe Steuern einsetzt. Bitte streicht den Punkt aus eurem Leitbild und führt die Wähler nicht in die Irre oder zeigt heute Abend, dass ihr euch einsetzt für das, was ihr sagt. Ich danke für die Aufmerksamkeit und die Zustimmung vom Antrag unsere Steuerzahlen mit einem tieferen Steuerfuss von 3% zu entlasten."

### Thomas Maier (glp/GEU)

„Wie bereits beim Eintreten angekündigt sage ich nun noch etwas zum Thema Steuerfuss. Beim Steuerfuss sind wir klar der Meinung, dass wir diesen aktuell nicht verändern sollten. Wir haben zwar gute Zahlen und gute Aussichten für 2022 und 2023. Wir haben es in den letzten Stunden alle mehrfach gehört, gesehen und besprochen. Demgegenüber stehen enorme Investitionen, welche in unserer Stadt anstehen. Eine unvollständige Liste: Wir haben diverse Schulhausausbauten. Ein grosser Teil der Schulhäuser wurden vor 40-50 Jahren gleichzeitig gebaut. Die kommen nun alle gleichzeitig in den Sanierungsbedarf. Darunter gibt es auch teure Projekte, wie z.B. das Schulhaus Stägenbuck. Wir haben den Wunsch nach einem Hallenbad. Wir haben einige Strassensanierungen, den Neubau Obere Mühle, den Busbahnhof und und und. Wir sind froh, dass wir den vor Jahren gesenkten Steuerfuss nicht bereits wieder erhöhen mussten. Was wir sicherlich nicht wollen, ist ein Achterbahnfahren beim Steuerfuss. Wir möchten einen langfristig stabilen Steuerfuss und solide Finanzen. Das haben wir in den letzten Jahren geschafft. Lukas, du hast es vorhin selber sauber aufgezeigt. Wir haben als eine der wenigen Gemeinden im Kanton Zürich die profitable Ausgangslage, dass wir keinen Schuldenberg haben, sondern diese über Jahre abgebaut haben. Leider geht die Rechnung der SVP mit den zusätzlichen Ergänzungsleistungen des Kantons nicht auf. Die ganzen Verrechnungen sind noch nicht wirklich sicher sind und dafür andere Leistungen mehr bei der Gemeinde anfallen. Wir



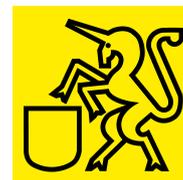
bleiben auf der sicheren Seite mit einem stabilen Steuerfuss und hoffen, den gesenkten Steuerfuss auch weiterhin zu halten. Wir möchten nicht billigen Wahlkampf betreiben und mit einer Steuerfuss-senkung prallen, in Anbetracht der enormen Herausforderungen, welche auf Dübendorf zukommen. Wir haben Wahlen nächstes Jahr. Wir haben aber auch immer mehr Einwohnerinnen und Einwohner. Diese brauchen und wollen von uns Leistungen. Wir plädieren ganz stark, den Steuerfuss so zu be-lassen."

Stefan Angliker (FDP)

„Ich möchte im Namen der FDP Fraktion Replik nehmen auf das Gesagte der SVP. Ja wir setzen uns ein für tiefe Steuern, aber wir setzen uns auch für einen stabilen Steuerfuss ein. Wir sind nicht bereit mit dem Steuerfuss jedes Jahr ein bisschen Jojo zu spielen, mal nach oben mal nach unten. Das bringt Dübendorf genau so wenig. Darum werden wir den Antrag für eine Steuerfuss-senkung ableh-nen.“

Stadtrat / Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

„Grundsätzlich kann sich der Stadtrat der Meinung der GRPK anschliessen mit der Stabilität des Steuerfusses. Es sind auch Argumente gekommen, welche ich in meinem Eintretensreferat schon angetönt habe. Der Ergänzungszuschluss ist eine Position, welcher unser Budget gut aussehen lässt. Je mehr wir selber erwirtschaften, desto tiefer wird dieser ausfallen. Ich möchte darauf festhalten, dass die letzte Steuerfuss-senkung um 5% bis 2024 gehalten werden kann. Das ist ein guter Stand. Nun zusätzlich einen Antrag um erneute Senkung zu bringen und in zwei Jahren wieder erhöhen, ist keine nachhaltige Finanzpolitik. Der Stadtrat kommt dann mit einer Steuerfuss-senkung, wenn er der Meinung ist, dass dieser für vier Jahre (Legislaturperiode) auf diesem Level gehalten werden kann. Das war im 2018 der Fall. Die Aussagen bezüglich AHV/IV habe ich im Eintreten versucht zu erklären. Es ist so, dass das Kinder- und Jugendhilfegesetz zu 90% der hier gesparten Ausgaben wieder "auf-frisst". An einem Ort kommen 4.1 Mio. vom Kanton und an einem anderen Ort fließen 2.7 ab. Wie es nächstes Jahr im Sommer aussieht, werden wir sehen. Momentan geht man von einer halben Million Verbesserung aus. Also deutlich weniger, als es hier bei der Steuerfussdiskussion die Rede war. Es sind Wörter gefallen, die ich zurückweisen muss. Schwarzmalerei, Angstmacherei, Geld zum Fenster herauswerfen, fahrlässige Finanzpolitik. Die Mehrheit des Parlaments hat es mehrmals betont, dass Dübendorf eine umsichtige Finanzpolitik macht, welche für die einen offenbar zu sparsam ist. Andere meinen an der Budgetdebatte regelmässig, wir geben zu viel aus. Das Dübendorf schuldenfrei ist, ist nicht selbstverständlich. Das hat auch damit zu tun, dass der Stadtrat umsichtig mit dem Geld umgeht und notabene auch das Parlament. Ich möchte betonen, dass wir vor knapp 1 ½ Jahren ein neues Projekt auf die Beine gestellt haben, das Schulhaus Three Point. Dank Überschüssen und guten Grundsteuern ist dies jetzt dann finanziert. Ein Schulhaus, welches normalerweise eine Steuerfusser-höhung zur Folge hätte, können wir uns leisten. Investitionsprojekte, welche wir machen müssen wurden von Thomas Maier erwähnt. Um diese Projekte kommen wir nicht. Diese sind am Laufen und werden uns kosten. Ich hörte, dass das Parlament durchaus Sympathie hat für das Thema Hallenbad. Wenn wir diese Dinge finanzieren wollen mit dem bestehenden Steuerfuss, wird dies wahrscheinlich nicht möglich sein. In diesem Sinne möchte ich einen Apell Richtung SVP richten: Wenn das Thema Schuldenbremse mit der Steuerfuss-senkung verschärft würde, ist dies ein Bären-dienst. Den Steuer-fuss erhöhen ist eine schwierige Debatte. Eine Senkung klingt angenehm, aber nur, wenn er dann auch vier Jahre gehalten werden kann. Wenn es aber eine Wahlkampfmasche ist und Rechnungen mit relativ simplifizierten Zahlen geführt werden, ist es meiner Ansicht nach nicht angemessen. Sollte sich die Wirtschaftslage so rasch verbessern oder nicht verschlechtern und Dübendorf weiterhin die-se Erträge haben, schliesse ich nicht aus, dass der Stadtrat in einem oder zwei Jahre (wenn ange-messen) eine andere Diskussion führt. Aber heute sieht es eher so aus, als könnten wir den tiefen Steuerfuss noch zwei Jahre halten, eventuell auch drei oder vier. Danach kann es sein, dass wir das eine oder andere Steuerfussprozent anheben müssen. Ausser es wird ein grösserer Leistungsver-zicht eingegangen. Da bin ich dann gespannt auf die Diskussion mit dem Parlament. Die erste Gele-



genheit dafür wird sicher beim Budget 2023 sein, wenn die ersten Resultate der Leistungsüberprüfung vorliegen. Besten Dank, wenn sie den Steuerfuss gemäss GRPK und Stadtrat so belassen."

### Hanna Baumann (SP)

„Es dünkt mich bezeichnend, dass vonseiten der Partei, welche federführend war, um die ‚Volks-Initiative Dübi schuldenfrei!‘ zu lancieren, bereits heute ein Antrag zur Steuerfussenkung gestellt wird. Worum geht es euch denn dabei genau: um eine Schuldenbremse oder um eine Stadtentwicklungsbremse?

Heute hat uns der Stadtrat ein Budget unterbreitet, bei dem der Steuerfuss stabil bleibt. Das ist ganz im Sinne der Standort-Attraktivität von Dübendorf: Es zeigt, dass verantwortungsvoll mit dem Steuersubstrat umgegangen wird, nötige Investitionen im Blick bleiben und schrittweise getätigt werden sollen, ohne dass der Steuerfuss grossen Schwankungen ausgesetzt wird. Eine Senkung des Steuerfusses zum jetzigen Zeitpunkt, in welchem die Bevölkerung der Stadt weiterhin stark wächst, ist gleichzusetzen mit einer Spar-Übung. Es kommt dazu, dass die Ersparnis für die Steuerzahlenden bei einer Steuerfussenkung lächerlich klein ist, wenn man es vergleicht, zum Beispiel mit der Vernachlässigung der Sozialeinrichtungen. Wir haben gerechnet, was 3 Prozent Steuersenkung bedeutet. Dank dem wirklich guten Bericht der Stadt zum preisgünstigen Wohnraum kennen wir jetzt u.a. die Struktur der steuerbaren Einkommen in Dübendorf. Das steuerbare Durchschnittseinkommen lag 2017 bei 64'000 Franken (d.h. über 60% der Haushalte hatten weniger), der Median bei 52'000 Franken. Beim Durchschnittseinkommen von 64'000 Franken macht für den Verheirateten Tarif die Steuersenkung um 3 Prozent gerade einmal 70 Franken pro Jahr aus! Es senkt den Steuerbetrag von 4597 auf 4527 Franken. 70 Franken sind bedeutend weniger als z.B. der Elternbeitrag für ein Kind in der Kita für EINEN Tag!

Im 2017 hatten immerhin 25% der Steuerzahlenden weniger als 29'600 Franken Einkommen. Dort macht die jährliche Ersparnis gerade einmal 14.50 Franken aus! Erst bei hohen Einkommen macht diese Senkung etwas aus: für ein Einkommen von 200'000 Franken spart man 420 Franken. Bei einem Einkommen von 500'000 Franken sind es dann doch über 1'500 Franken. Die Steuersenkung ist somit eine Spar-Übung für die Mehrheit und das Gemeinwesen zugunsten von Firmen und reichen Privatpersonen. Konsequenter weitergedacht, besteht bei einer Annahme der Steuersenkung die Gefahr, dass sich diese wie eine Stadtentwicklungsbremse auf unsere Stadt auswirken könnte:

Notwendige Instandsetzungen könnten nicht gemacht, Stellen nicht anständig besetzt werden, es müsste bei Kindern und Jugendlichen an Betreuungskosten und Prävention gespart werden – ganz zu schweigen vom mangelnden Kapital für Investitionen!

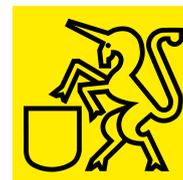
Mit anderen Worten, es wäre mit Boomerang-Effekten zu rechnen. Mit derartigen Massnahmen riskierten wir, unseren Nachkommen sowohl Schulden in Geldwährung als auch in verpasster Entwicklung und einen schwankenden Steuerfuss zu hinterlassen.

Wer von euch in diesem Saal will das denn ernsthaft?

In diesem Sinne plädiere ich für eine klare Ablehnung dieses Antrags, und danke schon jetzt allen, die meinem Aufruf folgen."

### Patrick Walder (SVP/EDU)

„Auf die Punkte von Thomas Maier, Stefan Angliker und Martin Bäumle gehe ich gar nicht näher ein. Ihr kennt die gegenseitige Argumentation. Wir wissen, dass wir dort verschiedener Meinung sind. Wir freuen uns dann in einem Jahr, wenn der Stadtrat unserem Antrag folgt und selber eine Steuerfussenkung bringt. Auf das Votum von Hanna Baumann muss ich noch kurz eingehen. Sie verknüpft zwei Dinge, welche offenbar immer noch nicht verstanden wurden. Die Schuldenbremse und der Steuerfuss haben nichts miteinander zu tun. Die Schuldenbremse setzt eine Richtlinie fest, nach welcher sich der Stadtrat halten muss und das Parlament halten sollte. Der Steuerfuss ist ein Instrument von diesen Richtlinien. Nicht die Richtlinie an sich selber. Wir werden dann bis zur Abstimmung im Mai noch versuchen zu erklären, damit das alle verstanden haben. Zu den kleinen Steuerersparnissen: Wir sprechen hier nicht nur von natürlichen Personen. Wir sprechen dort auch von Arbeitgebern,



welche auch von der entsprechenden Steuerbelastung betroffen sind. Abschliessend möchte ich noch etwas erwähnen zur Schwarzmalerei. Sie haben nun das Votum gehört von Hanna Baumann. Wenn man unserem Antrag zustimmt, dann geben wir ab morgen keinen Franken mehr aus, wenn man Hanna Baumann zuhört. Unsere Kinder müssen in Schulhäusern zur Schule gehen, die nicht mehr unterhalten werden und es wird ganz traurig in Dübendorf. Meine Damen und Herren das ist Schwarzmalerei. Ich bin überzeugt, auch wenn der Grossteil des Rates unserem Antrag nicht folgt, so tragisch wird es in Dübendorf nicht. Noch etwas Erfreuliches bei der Eintretensdebatte: Der Finanzvorstand ist nicht einmal auf die Voten von SP und Grüne eingegangen, es hatte keine Substanz, sodass es dazu auch nichts zu sagen gab."

### Abstimmung zur Festlegung des Steuerfusses

Zustimmung Antrag Stadtrat und GRPK, Steuerfuss 81%: 24 Stimmen  
Zustimmung Antrag SVP, Steuerfuss 78%: 12 Stimmen

**Der Gemeinderat hat für die Politische Gemeinde einen Steuerfuss von 81 Prozent festgelegt.**

### Schlussabstimmung Budget 2022

Zustimmung zum Budget 2022 (inkl. Änderungen in der Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) und einem Steuerfuss von 81% 36 Stimmen

Ablehnung Budget 2022 (inkl. Änderungen in der Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) und einem Steuerfuss von 81% 0 Stimmen

**Der Gemeinderat stimmt dem bereinigten Budget 2022 mit einem Steuerfuss von 81 Prozent mit 36 zu 0 Stimmen zu.**

### Beschluss

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Das Budget des Politischen Gemeindegutes für das Jahr 2022 wird mit folgenden Änderungen genehmigt;

*Konto 1000.300000 (Legislative) Entschädigungen, Tag- und Sitzungsgelder an Behörden und Kommissionen*

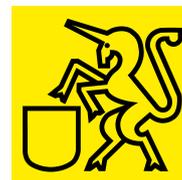
Antrag Stadtrat	Fr.	219'800.00		
Antrag GRPK	Fr.	209'160.00	(Abweichung: - Fr.	10'640.00 S)

*Konto 1000.310200 (Legislative) Drucksachen, Publikationen*

Antrag Stadtrat	Fr.	31'600.00		
Antrag GRPK	Fr.	29'100.00	(Abweichung: - Fr.	2'500.00 S)

*Konto 1011.310200 (Einbürgerungen) Drucksachen, Publikationen*

Antrag Stadtrat	Fr.	4'500.00		
Antrag GRPK	Fr.	7'000.00	(Abweichung: + Fr.	2'500.00 S)



---

*Konto 1011.421000 (Einbürgerungen) Gebühren für Amtshandlungen*

Antrag Stadtrat	Fr.	137'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	107'000.00	(Abweichung: - Fr.	30'000.00 H)

---

*Konto 3010.313099 (Bauwesen inkl. allgemeine Dienstleistungen Stadttingenieur) Dienstleistungen Dritter diverse*

Antrag Stadtrat	Fr.	85'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	50'000.00	(Abweichung: - Fr.	35'000.00 S)

---

*Konto 5000.311100 (Abteilung Sicherheit) Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge*

Antrag Stadtrat	Fr.	48'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr.	48'000.00 S)

---

*Konto 6101.363600 (Drogenprävention, Alkohol- und Suchtberatung) Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck*

Antrag Stadtrat	Fr.	0.00		
Antrag GRPK	Fr.	65'000.00	(Abweichung: + Fr.	65'000.00 S)

---

*Konto 6620.463100 (Ergänzungsleistungen IV) Beiträge von Kantonen und Konkordaten (Staatsbeiträge)*

Antrag Stadtrat	Fr.	3'682'100.00		
Antrag GRPK	Fr.	3'817'100.00	(Abweichung: + Fr.	135'000.00 H)

---

*Konto 6621.463100 (Ergänzungsleistungen AHV) Beiträge von Kantonen und Konkordaten (Staatsbeiträge)*

Antrag Stadtrat	Fr.	7'993'900.00		
Antrag GRPK	Fr.	8'288'900.00	(Abweichung: + Fr.	295'000.00 H)

---

*Konto 6622.463100 (Beihilfen/Zuschüsse) Beiträge von Kantonen und Konkordaten (Staatsbeiträge)*

Antrag Stadtrat	Fr.	528'500.00		
Antrag GRPK	Fr.	548'500.00	(Abweichung: + Fr.	20'000.00 H)

---

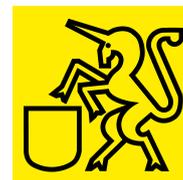
*Konto 7000.301000 (Primarschulverwaltung) Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals*

Antrag Stadtrat	Fr.	1'093'700.00		
Antrag GRPK	Fr.	1'123'700.00	(Abweichung: + Fr.	30'000.00 S)

---

*Konto 7000.311800 (Primarschulverwaltung) Anschaffung immaterielle Anlagen*

Antrag Stadtrat	Fr.	27'500.00		
Antrag GRPK	Fr.	7'000.00	(Abweichung: - Fr.	20'500.00 S)



---

*Konto 7100.316000 (Schulliegenschaften und -anlagen) Miete und Pacht Liegenschaften*

Antrag Stadtrat	Fr. 188'900.00		
Antrag GRPK	Fr. 123'500.00	(Abweichung: - Fr. 65'400.00	S)

---

*Konto 7200.302000 (Schulbetrieb) Löhne der Lehrpersonen*

Antrag Stadtrat	Fr. 704'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 624'000.00	(Abweichung: - Fr. 80'000.00	S)

---

*Konto 7200.302071 (Schulbetrieb) Löhne diverse*

Antrag Stadtrat	Fr. 252'600.00		
Antrag GRPK	Fr. 202'600.00	(Abweichung: - Fr. 50'000.00	S)

2. Den budgetierten Investitionen im Verwaltungs- und Finanzvermögen wird mit folgenden Änderungen zugestimmt;

*Konto 4600.506000.IR00360 (Unterhaltungsdienste; Mobilien) Fahrzeuge für den Unterhalt, Ersatz (Sammelkonto) Ausführung 2022*

Antrag Stadtrat	Fr. 75'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 0.00	(Abweichung: - Fr. 75'000.00	S)

---

*Konto 4600.506000.IR00365 (Unterhaltungsdienste; Mobilien) Fahrzeuge/Geräte Gärtnerei, Ersatz (Sammelkonto) Ausführung 2022*

Antrag Stadtrat	Fr. 90'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 0.00	(Abweichung: - Fr. 90'000.00	S)

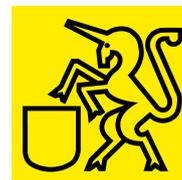
3. Eine Steuer für die Politische Gemeinde von 81.0% zu erheben, berechnet auf der Grundlage eines mutmasslichen Nettosteuerertrages zu 100.0% von 72.0 Mio. Franken;
4. Den Stadtrat zu ermächtigen, zur Realisierung von Projekten, für die entsprechende Beschlüsse vorliegen, die notwendigen Darlehen aufzunehmen.

**7. Motion Susanne Schweizer (SP) und 16 Mitunterzeichnende «Rentable Photovoltaik-Anlagen» / Bericht und Antrag  
GR Geschäft Nr. 52/2021**

---

Gemeinderatspräsident Ivo Hasler (SP)

„Der Stadtrat beantragt, die Motion soweit sie die Punkte 1-3 betrifft, als erheblich zu erklären und den Stadtrat mit der Ausarbeitung eines Beschlussentwurfes zu beauftragen.“



## Stellungnahme Motionärin Susanne Schweizer (SP)

„Bei dieser Motion geht es darum, dass die Stadt Dübendorf bis 2025 drei(!) städtische Liegenschaften mit rentablen PV-Anlagen ausrüstet. Im Juli 2021 hatte der GR diese Motion an den SR überwiesen. Und im November 2021 lag die Antwort des SR vor, die wir heute diskutieren:

Zuerst bedanke ich mich an dieser Stelle für die ausführliche Antwort des SR. Es ist erfreulich, denn die Antwort zeigt, dass der SR den erteilten Auftrag, auf drei städtischen Liegenschaften bis 2025 rentable PV-Anlagen zuzubauen, mit Sorgfalt plant und auszuführen gedenkt. Die Antwort beinhaltet klar drei Liegenschaften, die für den Zubau vermutlich geeignet sind, sowie auch einen konkreten Zeitplan für das Vorlegen des entsprechenden Kreditbeschlusses im GR. Gemäss diesem Zeitplan des SR sollen nach der heutigen Erheblichkeitserklärung der Motion, die Projektierungsarbeiten für die Vorprojekte innert 6 Monaten abgeschlossen sein (d.h. bis ca. Juni 2022) und danach soll dem GR ein Kreditbeschluss zur Umsetzung vorgelegt werden. Ich gehe davon aus, dass nach den diversen Analysen und Berichten die technische Machbarkeit bei den vorgeschlagenen Objekten erfüllt und damit der Auftrag dieser Motion voll auf Kurs ist. Demnach dürfen wir ca. im Juli 2022 in diesem Rat den entsprechenden Kreditbeschluss erwarten inkl. begründete Zeitfolge des Zubaus der einzelnen PV-Anlagen.

Betr. Ziff. 4 der Motion, die das Label Energiestadt Gold betrifft, akzeptieren wir die Antwort des SR. Denn der Anstoss dafür in der Motion war wie folgt gedacht:

Die Stadt Dübendorf hatte in der Vergangenheit in allen Bewertungen der Energiestadt bereits auf Gold abgeschlossen, ausser bei der Bewertung "Kommunale Gebäude, Anlagen" (also im Bereich Solaranlagen). Diesbezüglich wird der SR feststellen können, dass auch dieser Bereich auf Gold-Label Niveau liegt, wenn der SR bis zum nächsten Audit vorwärts macht mit dem Zubau von Solaranlagen auf den städtischen Gebäuden.

Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, ich bitte Sie, dem Antrag des SR zuzustimmen, damit diese drei PV-Anlagen gebaut werden können. Vielen Dank!“

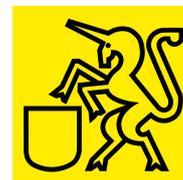
## Stellungnahme Stadtrat, Hochbauvorstand Dominic Müller (CVP)

„Seitens Stadtrat haben wir neben den Anlagen auf den Neubauten drei vorgeschlagene Projekte. Es geht um das Dach der Curlinghalle, Stadthaus und Bettli. Diese Dächer machen wir, neben den Projekten der Primarschule wie z.B. das Schulhaus Högler. Bisherige Studien zeigen, dass dies mit hoher Wahrscheinlichkeit machbar ist. Somit ist mit einem Kreditantrag zu rechnen, in welchem wir vorlegen, was es kosten wird und der Gemeinderat darüber entscheiden kann. Beim Reaudit der Energiestadtüberprüfung waren wir bisher der Meinung, dass in Sachen Kosten-Nutzen-Frage das Goldlabel für uns keine Priorität hat. Wenn wir aufgrund der Zubauten in ein anderes Ranking kommen, werden wir im nächsten Sommer beim Reaudit sehen, wo wir landen. Wir empfehlen die ersten drei Vorprojekte durchzuführen lassen.“

## Diskussion

### Orlando Wyss (SVP/EDU)

„In seiner Antwort zur Motion «Rentable Photovoltaik-Anlagen» spricht der Stadtrat das an, was wir schon bei der Überweisung dieser Motion moniert haben. Nämlich die Verletzung der Einheit der Materie bei diesem Vorstoss. Aber anstatt die Erheblich-Erklärung dieser Motion abzulehnen und zu verlangen, dass die Motionäre für zwei Anliegen, welche nichts miteinander zu tun haben, zwei verschiedene Vorstösse einzureichen hätten, ist er bereit den ersten Teil umzusetzen und den zweiten Teil nicht. Wie soll das funktionieren, wenn diese Motion definitiv überwiesen wird? Es gilt das geschriebene Wort und Interpretationen sind nicht machbar. Würde ein solcher Vorstoss als Volksinitiative eingereicht, würde sie genau aus diesem Grund zurecht für ungültig erklärt. Dass der Stadtrat den ersten Teil, nämlich die Umsetzung von den drei Photovoltaik-Anlagen befürwortet, hängt damit zusammen, dass er dies auch ohne Motion machen würde. Den zweiten Teil, die Erreichung des Labels Energiestadt Gold, findet er zurecht als unnötig, da dies ausser einem Showeffekt und erheb-



lichen Mehrkosten nichts bringt. Dass der Stadtrat kein Geld für die Galerie ausgeben will, empfindet unsere Fraktion als richtig. Dieses Ansinnen ist übrigens schon einmal in unserem Gemeinderat abgelehnt worden. Es gibt demzufolge keinen vernünftigen Grund, diese Motion erheblich zu erklären. Darum bitte ich sie, die Motion nicht definitiv zu überweisen.“

### Thomas Maier (glp/GEU)

„Wir haben die Überweisung dieser Motion im Juni unterstützt und begrüßen ein verstärktes Engagement der Stadt Dübendorf im Bereich PV-Anlagen auf den eigenen Dächern sehr.

Wir haben die Beantwortung der Motion durch den SR interessiert gelesen und wir werden die Erheblichkeitserklärung der Motion und die Beauftragung des SR zur Ausarbeitung eines Beschlussentwurfs unterstützen. Im Folgenden unsere Bemerkungen – ein Teil davon Wiederholungen unseres Votums vom Juni, jedoch wurde in der aktuellen Berichterstattung teils noch nicht darauf eingegangen:

Wir begrüßen es, dass sich der SR die fachliche Kompetenz von einem externen Büro dazu holt.

Die Auslagen für die PV-Anlagen sind eine Investition, jedoch ist der Investitionsbetrag den Einnahmen aus der Solarstromproduktion gegenüberzustellen. Wir erwarten vom SR beim Antrag, dass er die erwarteten Subventionen und Investitionszuschüsse sowie die Einsparungen über weniger Strombezug mit in die Rechnung einbezieht.

PV-Anlagen sind dann rentabel, wenn möglichst viel vom produzierten Strom selber verwendet wird. Wir erwarten deshalb mit dem Antrag auch Massnahmen, wie dieses Potential bestmöglich ausgeschöpft werden kann, bspw. mit einem Zusammenschluss zum Eigenverbrauch, Anpassungen bei den Nutzungen oder dem Einsatz elektrischer Gerätschaften. Das Geld der öffentlichen Hand soll effizient eingesetzt werden, weshalb diese Punkte zu einer PV-Investition dazugehören.

Der SR täte gut daran, sich auch mit den Glattwerken zusammenzutun, ob nicht die städtischen Anlagen im Sinne einer Solargenossenschaft angeboten werden könnten. Warum soll in Dübendorf nicht funktionieren, was schweizweit an so vielen Orten geht? Das mag zwar in die Motion Maier hineingehen, sollte aber auch hier thematisiert werden.

Dass Energiestadt Gold separat behandelt und nicht hier hineingepfercht wird, entspricht unserer Haltung vom Juni. Das Thema soll aktuell bleiben, aber ist eine von den PV-Anlagen unabhängige Schiene.“

### **Abstimmung Erheblichkeit**

Die Motion „Rentable Photovoltaik-Anlagen“ zu den Punkten 1-3 ist mit 22 zu 12 Stimmen als erheblich erklärt worden.

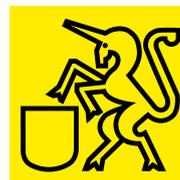
### **8. Motion Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU) und 17 Mitunterzeichnende «Verbesserung der Deutschkenntnisse vor dem Kindergarteneintritt und in der Volksschule» / Antrag auf Fristerstreckung GR Geschäft Nr. 34/2021**

#### Gemeinderatspräsident Ivo Hasler (SP)

„Der Stadtrat beantragt eine Fristerstreckung für die Berichterstattung über die Motion bis am 30. Juni 2022. Die Motionärin hat die Ratsleitung darüber informiert, dass sie auf eine Wortmeldung verzichtet und dem Antrag des Stadtrates auf Fristerstreckung zustimmt.“

#### Stellungnahme Stadtrat

Keine



## Diskussion

Keine

## **Abstimmung Fristerstreckung**

Die Frist für die Berichterstattung zu dieser Motion wird mit 23 zu 0 Stimmen bis zum 30. Juni 2022 erstreckt.

## **9. Motion Thomas Maier (glp/GEU) und 15 Mitunterzeichnende «Umsetzungsoffensive für Photovoltaik-Anlagen in Dübendorf» / Antrag auf Fristerstreckung GR Geschäft Nr. 53/2021**

### Gemeinderatspräsident Ivo Hasler (SP)

„Der Stadtrat beantragt eine Fristerstreckung für die Berichterstattung über die Motion bis zum 7. Dezember 2022. Der Motionär hat die Ratsleitung darüber informiert, dass er auf eine Wortmeldung verzichtet und dem Antrag des Stadtrates auf Fristerstreckung zustimmt.“

### Stellungnahme Stadtrat

Keine

## Diskussion

Keine

## **Abstimmung Fristerstreckung**

Die Frist für die Berichterstattung zu dieser Motion wird mit 24 zu 0 Stimmen bis zum 7. Dezember 2022 erstreckt.

## **Schlussbestimmungen**

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht.

Gemeinderatspräsident Ivo Hasler (SP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.

Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

## **Schlussbemerkungen Gemeinderatspräsident Ivo Hasler (SP)**

Das Büro des Gemeinderates wird Sie im Januar über die Traktandenliste der zusätzlich einberufenen Gemeinderatssitzung vom 24. Januar 2022 informieren.

Damit ist die 27. Sitzung des Gemeinderates der Legislaturperiode 2018-2022 geschlossen. Ich wünsche Ihnen allen erholsame Festtage und einen guten Rutsch ins 2022.



---

Schluss der Sitzung: 22:30 Uhr

## **Für die Richtigkeit des Protokolls**

Edith Bohli  
Gemeinderatssekretärin

## **Eingesehen und für richtig befunden**

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Ivo Hasler  
Gemeinderatspräsident

Oliver Kellner  
Stimmzähler

Angelika Murer Mikolasek  
Stimmzählerin

Bruno Eggenberger  
Stimmzähler